

b unabhängige **auernstimme**



In Brüssel nimmt das EU-Parlament die Arbeit wieder auf, schon steht viel Agrarpolitik an: Saatgut, Ökolandbau, Gentechnik und GAP.



Eiweißstrategien sind en vogue - zumindest auf dem Papier. In der Realität schiebt nun auch Niedersachsen ein Projekt dazu an.



Ein Journalist testet den Verbraucherwillen in Sachen Tierschutz, die Industrie testet den Verbraucherwillen in Sachen Gentechnik

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Weissenberg

Gentechnik stoppen!



Die Seite 3

PferdefüÙe beim Freihandelsabkommen 3



Agrarpolitik

Beratung in Baden-Württemberg 4
 Beratung in Baden-Württemberg 5
 Diplomatisch, ökologisch, besser machen 6
 Der Teufel im Detail 7
 Unwirksame Umwandlungen 18
 Krankheit oder Können? 18



Bewegung

Wir haben Agrarindustrie satt! 8
 Promi-Hühner vor laufender Kamera 10
 Schweinesystem 10
 Heimische Eiweißfuttermittel in Niedersachsen 17



Schwerpunkt

Gentechnik laut Drehbuch 11
 Bayern: Immer mehr Milch ohne Gentechnik 12
 Entwicklungen „ohne Gentechnik“ 13
 GVO-freies Soja aus dem Container 14



Hofportrait

Die Antwort auf die nächsten 100 Kühe 16

Weitere Themen

Zu Besuch bei Alfons Wiesler-Trapp, Seite 9; Landleben, Seite 19;
 Aus fernen Ländern, Seite 20, Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, S 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Zivilgesellschaft statt Konzerne!

Etwas irritiert schauen Politiker der CDU/CSU und SPD in Berlin sowie einige Medienvertreter drein, wenn man ihnen sagt, dass man mit der Einigung der EU-Umweltminister für nationale Verbote beim Gentechnikanbau nicht einverstanden ist. „Was wollt ihr denn noch? Jetzt haben wir die Möglichkeit, den Anbau von GVO-Pflanzen zu verbieten, das habt ihr doch immer gefordert“, erklären sie. Hat nicht die bekanntermaÙen gentechnikfreundliche Bundeskanzlerin in der *Leipziger Volkszeitung* eingeräumt, dass in nächster Zeit in Bund und Land und bei der Bevölkerung keine politischen Mehrheiten für einen GVO-Anbau in Sicht sind? Vorsicht! Mal abgesehen davon, dass die geplanten Verbotgründe im abgestimmten Vorschlag der EU-Mitgliedsländer rechtlich auf sehr wackligen Beinen stehen und EU-Regierungen, EU-Parlament und EU-Kommission sich noch auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen müssen: Mit dem Plan, dass bei einem nationalen Anbauverbot im ersten Schritt die Konzerne befragt werden müssen, ob sie dem Verbot zustimmen, ist eine dreiste Regelung angeschoben. Da werden multinationale Konzerne direkt auf Augenhöhe in die Entscheidungsfindung einbezogen, als wenn sie Regierungen von EU-Mitgliedstaaten wären. Nicht die Zivilgesellschaft, nicht Bürger und Bauern, die mit Einkaufskörben und auf ihren Äckern die direkt Betroffenen der Gentechnik sind, werden gefragt, sondern die Profiteure des multinationalen Gentechnikgeschäfts. Das Ganze fällt nicht vom Himmel, sondern ist von der Gentechniklobby systematisch vorbereitet, um beschleunigte Zulassungen ihrer GVO-Pflanzen zu bekommen. Kommt das durch, wird dies auch die Verhandlungen zum geplanten USA-EU-Freihandelsabkommen (TTIP) beeinflussen. Oberflächlich wird da über Chlor- und Hormonfleisch gestritten, die Post geht ganz woanders ab. Regulatorische Maßnahmen und Investitionsschutzabkommen sollen dafür sorgen, dass die demokratisch gewählten Vertretungen und vor allem die Zivilbevölkerung außen vor bleiben sollen, um den Profitinteressen der Konzerne Vorrang zu verschaffen. Es regt sich dazu breiter Widerstand und das ist gut so.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) arbeitet seit zwei Jahrzehnten auch in der starken gentechnikkritischen Bewegung in Europa aktiv mit. Diese Bewegung hat den Konzernen schon öfter kräftig und sehr erfolgreich in die Suppe gespuckt. Tun wir es wieder: Sich weiter informieren, die gentechnikfreie Bewegung stärken, gentechnikfrei ackern und füttern, Widerstand leisten und dabei nicht nur Deutschland im Kopf habe

*Georg Janßen,
 AbL-Bundesgeschäftsführer*

Zum Titelbild

Es ist schon über ein Jahr her, dass dieses Bild bei einer Aktion der AbL im niedersächsischen Futtermittelhafen Brake an der Unterweser geknipst wurde. Aber die Thematik ist aktueller denn je: Bauern und Verbraucher wollen keine Gentechnik in den Futtertrögen der landwirtschaftlichen Nutztiere wie auch nicht in Lebensmitteln. Die Politik muss gewährleisten, dass eine gentechnikfreie Landwirtschaft weiter möglich ist, die Bewegung muss den Druck aufrechterhalten, den die Politik dafür braucht

Pferdefüße beim Freihandelsabkommen

Sonderrechte für Konzerne sind in mehreren Vertragskapiteln versteckt

Knapp 150.000 elektronische Stellungnahmen erreichten die EU-Kommission in den vergangenen vier Monaten. Zeitweise bündelten sich die Zugriffe auf die Webseite der obersten europäischen Behörde so sehr, dass die Server abstürzten. Die Rede ist von der öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zu dem Kapitel Investitionsschutz in dem umstrittenen transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP).

Angriff oder Beteiligung

„Das war eine regelrechte Attacke“, lässt sich Handelskommissar Karel de Gucht in vielen Medien zitieren. In einer ersten quantitativen Auswertung wird deutlich, dass kritische Nichtregierungsorganisationen und Bürger eine große Anzahl der Stellungnahmen zugesendet haben. Die meisten Stellungnahmen kamen aus Großbritannien, gefolgt von Österreich und Deutschland. Mit einigem Abstand haben sich auch die Franzosen, Belgier, Niederländer, Spanier und Ungarn rege an der Konsultation beteiligt. Für die nächsten Monate hat die EU-Kommission die qualitative Auswertung dieser Konsultation angekündigt. Es lässt tief in das Demokratieverständnis von EU-Kommissar de Gucht blicken, wenn er inhaltliche Meinungs- und Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürger als Attacke bezeichnet. Die Konzerne wollen ihre Profitinteressen an der bäuerlichen und zivilgesellschaftlichen Bewegung, und auch an demokratisch gewählten Vertretungen, vorbei durchsetzen. Da werden wir weiter gegenhalten“, sagt AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen.

Eine Paralleljustiz

Der Investitionsschutz birgt ein scharfes Schwert für die Stärkung von Konzernrechten. Vor geheimen Schiedsgerichten können Konzerne oder deren Außenstellen ihre Gastländer auf Milliardenhöhe verklagen, wenn sie der Meinung sind, dass ihnen etwa durch straffere Gesetzgebungen Gewinne entgangen sind. Diese Paralleljustiz steht in starker öffentlicher Kritik. Immer wieder tauchen auch Verlautbarungen aus der Politik unterschiedlicher Parteien auf, dass sie ein TTIP oder auch die fertigen Handelsverträge zum Abkommen EU-Kanada (CETA), die einen Investitionsschutz enthalten, nicht

durch die Parlamente und Räte winken würden. Experten deuten das dennoch auch als Ablenkungsmanöver, um die Bewegung zu beschwichtigen. Außerdem stellt sich die Frage, ob ein Ausschluss des Investitionsschutzes reicht? Denn für Industrie und Konzerne soll neben dem Investitionsschutz eine „Regulatorische Kooperation“ eingerichtet werden, um unliebsame Regulierungen abzuwenden. Dieses Kapitel stand laut EU-Kommission während der sechsten und jüngsten TTIP-Verhandlungsrunde auf der Tagesordnung und ist auf freiwilliger (!) Basis in den geleakten Verhandlungstexten zum EU-Kanada Abkommen enthalten. Wie dieses Instrument arbeiten soll, ist einem geheimen EU-Positionspapier „Position paper - Chapter on Regulatory Coherence“ (Positionspapier - Kapitel zur Regulatorischen Kohärenz) zu entnehmen. Außerdem wird dieses Instrument in den USA bereits in der Praxis angewendet und lässt Rückschlüsse auf eine künftige Anwendung zu. Daraus lässt sich ableiten, dass die Regulatorische Kohärenz in zwei wesentliche Teile gesplittet werden soll. Zum einen soll eine Regulatorische Zusammenarbeit stattfinden. Das bedeutet, dass neue Gesetzesinitiativen im jeweiligen Staat den Vertragspartnern vorab mitgeteilt

werden. Das kann sogar soweit gehen, dass „die USA zu benachrichtigen sind, noch bevor ein Gesetzesvorschlag von der Kommission initiiert wird“, analysiert Virginia Robnett von der US-Nichtregierungsorganisation „Koalition für sensible Schutzmechanismen“, einer breiten Interessengruppe von Verbrauchern, Mittelstand, Gemeinden, Gesundheitswesen u.a. Damit wird ein neuer Informationsfluss als eine Art Vorwarnsystem für Konzerne angestoßen.

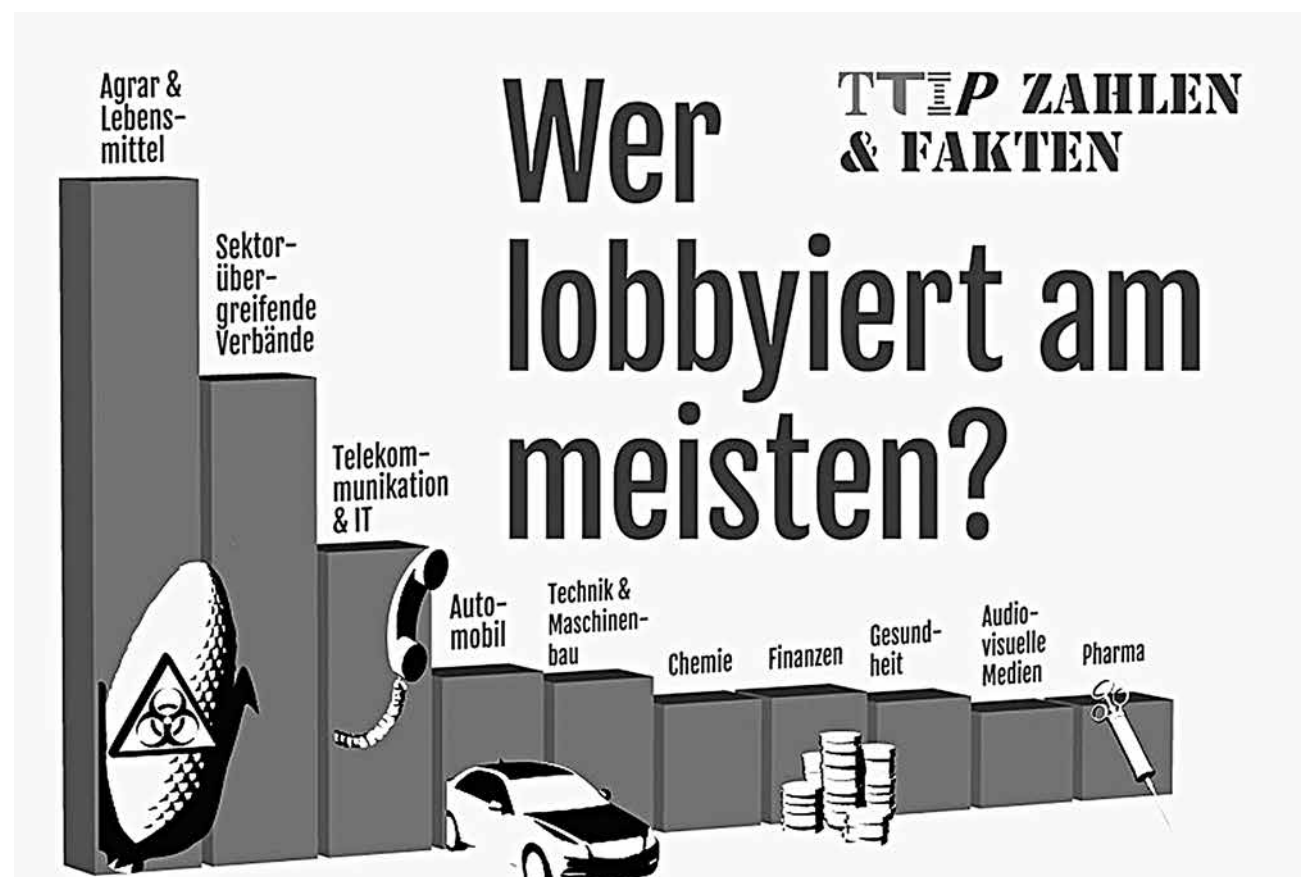
Weitgehende Rechte für die Industrie

Zum anderen soll ein Regulatorischer Kooperationsrat installiert werden. „Gemäß dem EU-Positionspapier über regulatorische Kohärenz wird dieser Rat unter Beteiligung von hochrangigen Vertretern der Kommission, Handelsbehörden und dem berichtigten Friedhof für vernünftige Regulierung in den USA, dem Office of Information and Regulatory Affairs (OIRA) besetzt“, schreibt Robnett in ihrer Stellungnahme zur öffentlichen TTIP-Anhörung im Bundestag, 30. Juni. In den USA ist es längst Praxis, dass die Industrie bei neuen Gesetzesvorschlägen Revision bei der OIRA einlegen kann. Es gibt Beispiele, dass sich diese Prozesse über Jahre hinziehen, am Ende verwä-

sert dort rauskommen und dann erst in lasche Gesetze umgewandelt werden. Das Ziel dieser Instrumente ist klar, die Interessen sind klar. Zur Klarheit hinsichtlich des Einflusses von Konzernen und Agrarindustrie etwa in den TTIP Verhandlungen trägt die Recherche der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) bei. CEO ermittelt, dass von Ende 2012 bis zum Frühjahr 2013 von den 560 TTIP-Vorgesprächen die Kommission 92 Prozent allein mit der europäischen Wirtschaft geführt hat. Keine andere Branche hatte mehr Treffen als die Agrarwirtschaft. Es fanden 113 Treffen mit multinationalen Lebensmittelkonzernen, Agrarhändlern und Saatgutherstellern statt. Das schafften nicht einmal die Automobil-, Finanz-, Chemie- und Pharmazeutische-Lobby zusammen. Abkommen wie CETA und TTIP sollen im Kern und in ihrer Ausrichtung dazu dienen, den Konzernen neue Instrumente an die Hand zu geben, via völkerrechtlich bindender Handelsverträge ihre Interessen künftig leichter durchzusetzen und Regulierungen vorzubeugen. Es wird nicht reichen, einzelne Kapitel wie Investitionsschutz raus zu nehmen.

Berit Thomsen,

AbL, Internationale Agrarpolitik



Die Infografik der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) richtet den Scheinwerfer auf die verborgene Lobbyarbeit

Weitere Details zur GAP-Reform

BMEL legt lang erwarteten Verordnungsentwurf vor

GV-Mais Exporthemmnis

In Maislieferungen aus den USA nach China werden derzeit immer wieder Gentechnik-Verunreinigungen gefunden. Da die Gentechnik-Mais-Sorte MIR162 von Syngenta in China nicht zugelassen ist, durften laut Medienberichten im Jahr 2013 insgesamt 600.000 Tonnen Mais aus den USA nicht nach China eingeführt werden. China hat nun inoffiziell angekündigt, dass sie von den USA eine Garantie verlangen, dass Trockenschlempe (ein Nebenprodukt der Bioethanol-Produktion), die als Futtermittel eingesetzt wird, keine Spuren von MIR162-Mais enthält. Verbände der US-Agrarbranche fordern nun von US-Landwirtschaftsminister Tom Vilsack ein Eingreifen der „höchsten Regierungsebene“. Er solle China dazu drängen, diese „regulatorische Sabotage“ zu beenden und möglichst schnell eine Importzulassung erreichen. Andere Interessensvertreter haben sich bereits im Januar an Syngenta gewendet. Zwar lehne man Biotechnologie nicht ab, befürchte aber schwerwiegende wirtschaftliche Schäden für Händler und Landwirte. Deshalb fordern sie Syngenta auf, die Vermarktung von MIR162 zu stoppen, bis China und andere US-Exportmärkte den Import für MIR162 genehmigt hätten. av

Der nächste Akt zur Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland steht an. Mitte August hat das Bundeslandwirtschaftsministerium einen mit den anderen Bundesministerien noch nicht schlussabgestimmten Entwurf für eine Direktzahlungen-Durchführungsverordnung vorgelegt. Darin werden weitere Details geregelt wie die Frage, wer Direktzahlungen erhalten darf (aktive Betriebsinhaber, Mindestanforderungen an Betriebsgröße und Bewirtschaftung), aber insbesondere auch zum Greening.

Aktiver Landwirt

Die in der EU-Verordnung enthaltene Negativliste von Betriebsinhabern, die zunächst nicht als aktive Betriebsinhaber eingestuft werden und daher keine Direktzahlungen erhalten dürfen (Flughäfen, Wasserwerke, Betreiber von dauerhaften Sport- und Freizeitflächen, Eisenbahnen, Immobiliendienstleister), wird in Deutschland erweitert um Personen, die auf eigene Rechnung Bergbau im Sinne des Bundesberggesetzes betreiben. Alle anderen Landwirte gelten als aktive Betriebsinhaber. Aber auch die in der Liste enthaltenen Unternehmen können Direktzahlungen erhalten, wenn sie mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllen: weniger als 5.000 Euro Direktzahlungen, mindestens 38 Hektar beihilfefähige Fläche (d.h.

Braunkohleunternehmen sind wieder drin), Pferdehaltung einschließlich Pensionspferdehaltung mit höchstens 3 Großvieheinheiten je ha (1 Pferd ab 3 Jahre = 1,1 GVE),

Alterssicherung der Landwirte,

Eintragung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit als Haupttätigkeit oder Geschäftszweck im Handels- oder Genossenschaftsregister oder in Gesellschaftervertrag, Satzung oder ähnlichen Urkunden, die Direktzahlungen betragen mindestens 5 % der Gesamteinkünfte aus nicht landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Zahlungsansprüche und Direktzahlungen erhalten aktive Betriebsinhaber erst ab einem Hektar beihilfefähige Fläche. Als Mindesttätigkeit auf den Flächen gilt jede landwirtschaftliche Erzeugung oder alternativ eine Mahd mit Abtransport des Mähguts oder einmal Mulchen im Jahr (in Sonderfällen alle zwei Jahre). Die Zahlungsansprüche werden auf Antrag zum 15.05.2015 neu ausgegeben. Antragsdatum bleibt in der Regel der 15. Mai.

Greening

Wer Dauergrünland in FFH-Gebieten pflügt oder umwandelt, muss die Fläche innerhalb eines Monats wieder in Dauergrünland zurück umwandeln. Wenn außerhalb von FFH-Gebieten die Umwand-

lung von Dauergrünland mit der Auflage genehmigt wird, an anderer Stelle in der Region eine entsprechend große Fläche für mindestens fünf Jahre in Dauergrünland umzuwandeln, und diese Ersatzfläche nicht im Eigentum oder Besitz des Antragstellers ist, so ist eine schriftliche Zustimmung des Eigentümers und ggf. des Bewirtschafters vorzulegen. Die Ersatzfläche muss – laut Entwurf – erst zum nächstfolgenden Antragstermin Dauergrünland werden, und sie muss den Greeningauflagen unterliegen, darf also nicht von z.B. Kleinerzeugern oder Ökobetrieben angemeldet sein. Für die Einhaltung der Anbauvielfalt (mind. zwei bzw. drei Kulturen) wird der Zeitraum vom 1. Juni bis 15. Juli maßgeblich sein, d.h. dann müssen die Anforderungen erfüllt sein.

Ökologische Vorrangflächen

Brachen werden dann als ökologische Vorrangfläche anerkannt (Gewichtungsfaktor 1), wenn keine landwirtschaftliche Erzeugung stattfindet, jedoch darf ab 1. August eine Aussaat oder Pflanzung vorbereitet und durchgeführt werden, d.h. auch Pflanzenschutz- und Düngemittel sind ab dann erlaubt. Geerntet werden darf aber erst im bzw. ab dem Folgejahr. Das Gleiche gilt für Feldränder mit einer Breite von 1 bis 20 Meter, sie werden aber mit dem Faktor 1,5 gewichtet. Auch Pufferstreifen (an Gewässern) mit einer Breite von 1 bis 10 Meter (plus bis zu 10 Metern Ufervegetation) sowie Streifen beihilfefähiger Flächen an Waldrändern (1 - 10 Meter) werden mit 1,5 gewichtet, aber Beweidung oder Schnittnutzung ist hier zulässig und wieder darf ab 1. August die Aussaat vorbereitet und durchgeführt werden. Bei Zwischenfruchtanbau oder Gründücke ist eine Saatgutmischung aus mindestens zwei Arten aus einer vorgegebenen Liste zu verwenden. Keine Art alleine und Gräser zusammen dürfen maximal 60 Prozent an den keimfähigen Samen der Mischung ausmachen. Die Aussaat darf erst ab 16. Juli erfolgen. Eine Nutzung im Antragsjahr ist nur in Form als Beweidung mit Schafen erlaubt. Untersaaten (z.B. im Mais) sind laut BMEL von diesen Vorgaben nicht berührt. Bei Leguminosen als ökologische Vorrangfläche dürfen nur Arten aus einer weiteren Liste ausgesät werden. Gräser sind – auch in Mischungen – nicht zulässig (d.h. kein Klee gras). Die Verordnung braucht im Bundesrat die Zustimmung der Mehrheit der Länder.

Ulrich Jasper

„Neuland hat Zukunft“

Ein Gespräch mit dem AbL Bundesvorsitzenden Bernd Voß.

Unabhängige Bauernstimme: Die Wochenzeitung ZEIT schreibt, BUND und Tierschutzbund würden der AbL „Blockade“ in Sachen NEULAND vorwerfen. Wo blockiert die AbL?
Bernd Voß: Die AbL unternimmt alles in ihrer Macht Stehende, damit aus den Verfehlungen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden, strukturell und personell. Wir müssen die aufgelaufenen Probleme lösen und vermeiden, dabei das Programm faktisch aufzuheben. Gesamt-Lizenzentzug bei NEULAND-Vermarktungsgesellschaften ist und bleibt eine letzte Maßnahme. Wir müssen NEULAND erneuern und damit so stärken, dass es zukunftsfest ist und die großen Chancen zur Marktausdehnung nutzt, für die Bauern, für die Metzger und Verbraucher und nicht zuletzt für die Nutztiere, für die NEULAND in den mehr als 25 Jahren seit Bestehen eine äußerst anspruchsvoll tiergerechte Haltung in der gelebten Praxis am Markt entwickelt hat.

Personelle Konsequenzen blieben aber bis jetzt aus. Warum?

Personelle Konsequenzen sind die eine Seite der Aufgabe. Viel weitreichender sind die strukturellen Änderungen. Es dauert leider alles länger als erwartet, muss und wird aber kommen.

Welche werden das sein?

Die Konsequenzen werden die drei Trägerverbände AbL, BUND und Deutscher Tierschutzbund gemeinsam der Öffentlichkeit vorstellen. Grundsätzlich ist es aber notwendig, dass die Verantwortlichkeiten im Programm klarer und transparenter zugeordnet werden. Einzelpersonen können nicht eigenhändig über Dinge entscheiden, die sie so nicht entscheiden dürfen. Die verschiedenen Aktiven und Ebenen im NEULAND-System, also Erzeuger, Vermarkter, Vorstand, Geschäftsführung und Trägerverbände werden sich aktiv und mehr einbringen. Mit klaren Strukturen und Zuständigkeiten wird das ein erfolgreicher Neuanfang. NEULAND hat Zukunft am Markt.

Vielen Dank für das Gespräch

Beratung in Baden-Württemberg

Ab kommendem Jahr wird es ein modular aufgebautes System geben

Die neue ELER-Verordnung schafft die Grundlage zur Umstrukturierung der Beratungsleistungen und greift damit die sich ändernden gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft auf. In Baden-Württemberg nutzt das Landwirtschaftsministerium diese Möglichkeit, die Agrarberatung ganz neu aufzubauen. Das ganz erheblich von Ministerialdirektor Wolfgang Reimer mit vorangetriebene Projekt „Beratung 2020“ wird offiziell Anfang 2015 starten. Bis dahin müssen die Pläne noch von Brüssel genehmigt werden. Schon Ende September, zum landwirtschaftlichen Hauptfest, soll das Beratungsangebot mit seinen einzelnen Maßnahmen vorgestellt werden.

Modularer Aufbau

Wie kann ich meinen Betrieb wettbewerbsfähig und zukunftsorientiert aufstellen? Wie setze ich meine Arbeitskraft optimal ein und bringe Betrieb und Familie unter einen Hut? Gibt es Energieeinsparpotenziale in meinem Betrieb? Wie kann ich der Natur auf meinen Feldern mehr Raum bieten? Das sind nur einige Fragen, die das neue Beratungsangebot abdecken soll. Neben einer kostenfreien Basisförderung (100 Prozent des Nettobetrags), auch Betriebscheck oder Standortanalyse genannt, wird es als zweites Modul eine am Betrieb ausgerichtete Grundberatung geben. Grundberatungen werden unter anderem für die Themen Milchvieh und Rindermast, Gemüse- und Obstanbau sowie ökologisch wirtschaftende Betriebe angeboten. Je nach Betrieb können dann weitere Spezialberatungen dazu gebucht werden. Zu diesen zählen beispielsweise extensive Grünlandbewirtschaftung, Bewässerung, tiergerechter Stallbau sowie Energieeffizienz- und Biodiversitätsberatungen. So können Landwirte eine Beratung zusammenstellen, die möglichst genau auf die jeweiligen Anforderungen des Betriebs abgestimmt ist.

Flächendeckende Beratung

Bisher waren es vorrangig die Landwirtschaftsämter, die Landwirte vor Ort beraten haben. Je nach Region war das Angebot, insbesondere von Spezialberatern, begrenzt bzw. nicht vorhanden. Darüber hinaus fordert die EU eine Trennung von Beratung und Kontrolle. Beides ist derzeit bei den Landwirtschaftsämtern angesiedelt. Zukünftig soll die Beratung auch privaten Anbietern zugänglich sein. Neue Beratungsanbieter können ab Herbst eine offizielle Zulassung beantragen. Auf diese Weise, so die Sicht des Ministeriums, wird in Zukunft eine flächendeckende be-

triebsindividuelle Beratung sichergestellt werden können.

Testphase positiv

Derzeit befindet sich das Konzept in einer Testphase. Hundert Betriebe sammeln von Juli bis November erste Erfahrungen mit dem neuen System. Die Nachfrage von Seiten der Landwirte ist groß. Eine Anfang 2013 von der Universität Hohenheim unter dem Titel „Nutzung, Bewertung und zukünftige Ausrichtung der landwirtschaftlichen Beratung Baden-Württembergs“ durchgeführte Befragung hat gezeigt, dass vor allem bei der Unternehmensentwicklung, betriebswirtschaftlichen Fragen und der Hofübergabe bei über 19 Prozent der Landwirte Beratungsbedarf besteht. Den geringsten Beratungsbedarf sehen die Landwirte beim Tierschutz, dem Natur- und Landschaftsschutz sowie dem Boden- und Wasserschutz.

Andere Länder

Auch Niedersachsen denkt derzeit über einen ähnlichen Umbau der Beratung nach. Die meisten anderen Bundesländer sind diesbezüglich noch nicht so weit. Prinzipiell scheint die Idee „Mehr Geld in die Köpfe statt auf die Fläche“, wie in Baden-Württemberg, ein sinnvoller Ansatz. Nur so wird gewährleistet, dass die von der Politik vorgegeben Strukturmaßnahmen auch auf den Betrieben ankommen. Die Kritik, dass eine industrialisierte Beratung den Strukturwandel weiter antreibt ist dennoch berechtigt. Auch zukünftig müssen deshalb die Rahmenbedingungen und Förderkulissen so ausgerichtet werden, dass eine Beratung zur bäuerlichen Wirtschaftsweise auch betriebswirtschaftlich die beste Alternative darstellt. *mn*



Beratung trägt Früchte

Foto:BLE/Menzler

Widerstand gegen TTIP von allen Seiten

Der Deutsche Kulturrat, Spitzenverband der Bundeskulturverbände, fordert den Abbruch der bisherigen Verhandlungen zum Freihandelsabkommen (TTIP). Mitglieder des Deutschen Kulturrats sind etwa die ARD sowie künstlerische Stiftungen und Verbände aus den Bereichen Musik, Theater, Literatur, Kunst, Design. Auch die Gewerkschaften sehen TTIP als kritisch an. Beim Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), dazu gehören u.a. IG BAU, NGG oder ver.di, führte die kritische Auseinandersetzung mit TTIP zu dem einstimmigen Beschluss: „Freihandelsverhandlungen mit den USA aussetzen – Kein Abkommen zu Lasten von Beschäftigten, Verbrauchern oder der Umwelt“. Des Weiteren fordern Ärztinnen und Ärzte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem offenen Brief auf der Internetseite kritik-freihandelsabkommen.de an die Bundeskanzlerin den Stopp der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen sowie eine verantwortungsvolle Politik für eine nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaft. *bet*

Hohe Standards als Verhandlungsmasse

In dem kurz vor dem Abschluss stehenden Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ist den vorläufigen Verhandlungstexten zu entnehmen, dass die EU Kanada ein zollfreies Importkontingent von hormonfreiem Schweinefleisch in Höhe von 75.000 Tonnen einräumen will. Alle anderen Drittländer, mit denen die EU bilaterale Handelsabkommen abgeschlossen hat, haben zusammen zollfreie Importkontingente für Schweinefleisch von insgesamt 100.626 Tonnen. Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll vom Institut für Völkerrecht und Europarecht Universität Göttingen weist darauf hin, „dass die gewährten Zollkontingente zu einem Teil auf eine frühere Vereinbarung zwischen den Parteien zur Beilegung der Kontroverse um die Wachstumshormone zurückgehen.“ Zollkontingente seien auch dazu bestimmt, „in rentabler Form ganze Herden für den Export ohne Hormonhilfe aufzuziehen.“ Soll heißen, um unsere höheren Standards hier vorerst schützen zu können, musste die EU starke Zugeständnisse bei der Marktöffnung machen. Es ist zu vermuten, dass beim EU-USA-Abkommen ähnlich verhandelt wird und weitere Importmengen von Fleisch auf unsere Märkte geschwemmt werden sollen. *bet*

Embargo Russlands beeinträchtigt Markt

Nachdem Russland aufgrund der politischen Spannungen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in der Ukraine ein Importembargo für EU-Agrarprodukte verhängt hat, werden mögliche Auswirkungen auf den europäischen Markt debattiert. Am stärksten betroffen ist Litauen. Dem baltischen Staat droht, gemessen am Handelsvolumen von 2013, der Verlust von 927 Mio. Euro landwirtschaftlicher Exporteinnahmen. Dahinter rangiert Polen mit 841 Mio. Euro, gefolgt von Deutschland mit 595 Mio. Euro und den Niederlanden mit 528 Mio. Euro. Vor allem Obst und Gemüse aus Litauen und Polen, Fleisch und Milch aus Deutschland und der Niederlande sind betroffen. Nun müssen alternative Handelskanäle her, damit die sowieso schon niedrigen Preise nicht ins Bodenlose fallen. Experten gehen mittelfristig von einer Anpassung der Märkte aus. Dabei sollen auch beschlossene EU-Beihilfen aus Brüssel helfen. Gleichzeitig hat Russland nun eine Liste mit ersten Ausnahmen – Pflanzkartoffeln, Saatgut für Erbsen und Zuckermais, Steckzwiebeln, Lachsbrut - vom Importverbot veröffentlicht. *cs*

Gericht kassiert Genehmigung von GV-Soja

Ein mexikanisches Gericht hat dem US-Konzern Monsanto die Anbaugenehmigung seiner herbizidresistenten Gentechnik-Soja entzogen. Mexiko ist weltweit der sechstgrößte Honigerzeuger und drittgrößter Exporteur. Allein auf der Halbinsel Yucatán werden 40 % des mexikanischen Honigs erzeugt. Einen Großteil davon importiert die EU. 2012 wurde Monsanto trotz Protesten die Genehmigung erteilt, in sieben Bundesstaaten ihre Roundup-Ready-Soja anzubauen. Das Gericht des Staates Yucatán urteilte nun, dass eine Koexistenz zwischen der Honig-Erzeugung und GV-Soja nicht möglich sei. Der Anbau von GV-Pflanzen könne den für mexikanische Imker wichtigen europäischen Exportmarkt verwüsten. *av*

Diplomatisch, ökologisch, besser machen

Es geht weiter in Sachen EU-Ökoverordnungsvorschlag

Ausgleich Ökolandbau

In Niedersachsen ist zukünftig möglich, eine ökologische Bewirtschaftung auf Flächen als Ausgleichsmaßnahme für Eingriffe in Natur und Landschaft anerkennen zu lassen. Das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen GmbH (KÖN) und die Naturschutzstiftung der Grafenschaft Bentheim stellen das Projekt der „Produktionsintegrierten Kompensation“ (PIK) am konkreten Beispiel eines ortsansässigen Biobauern vor, der in den nächsten Jahren ein zusammenhängendes Areal von 22 ha umstellt und sich darauf zu einer fünfgliedrigen Fruchtfolge und Nutzungsbeschränkungen in der Brutzeit bestimmter Vogelarten verpflichtet. Diese Auflagen sollen grundbuchlich festgeschrieben und jährlich überprüft werden. Diese Möglichkeit der produktionsintegrierten Kompensation sollte nach dem Willen der Projektbeteiligten in Zukunft vor dem Hintergrund immer knapper werdender Agrarflächen häufiger Anwendung finden. Eine Studie hatte jüngst gezeigt, dass gerade Biobetriebe vermehrt Schwierigkeiten haben, an Pachtflächen zu kommen. Grundsätzlich ist das Pachtpreinsniveau in Deutschland im Durchschnitt seit 2010 um fast 20 % gestiegen. cs

Man sei schließlich nicht auf einem Basar, frotzelte Jan Plagge, Bioland-Präsident, er lehne Verhandlungen und Detaildebatten ab. Auf einer Veranstaltung des Bundesverbands Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) im Juli zum Vorschlag der EU-Kommission für eine neue EU-Ökoverordnung, machte die gesamte Branche einmal mehr deutlich, dass sie diesen für völlig unakzeptabel halte und forderte eine Überarbeitung der geltenden Regelung. Als Adressaten für die zahlreichen Kurzreferate von Vertretern aus Verbänden, Handel, Verarbeitung und Kontrollstellen waren Politikvertreter geladen, die die Botschaft über Berlin nach Brüssel tragen sollen. Clemens Neumann wie aber auch Elisabeth Bündler aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium, signalisierten bei aller Zustimmung zu der harschen Kritik der Biobranche am Ordnungsvorschlag, dass es schwierig werden wird mit der Zurückweisung in Brüssel. Man könne nicht fundamental ablehnen, müsse diplomatisch vorgehen, so Neumann. Bündlers Einschätzung war, dass es „eine vollständige Ablehnung von keinem anderen Land“ geben werde. Zwar sollte sie sich irren, denn in der folgenden Ministerratssitzung in Brüssel forderte Österreich die Zurückweisung, blieb damit al-

lerdings allein. Und so muss man eigentlich die vielen inhaltlichen Argumente, die auf der Berliner BÖLW-Veranstaltung als Beweise für die Ablehnung dienen sollten, längst als Einstieg in eine Debatte um Änderungen nehmen. Denn dass es vieler Änderungen seines ursprünglichen Vorschlags bedarf, daran ließ sogar Urheber Agrarkommissar Dacian Ciolos nach dem Ministerrat keinen Zweifel, er sei auf Ausgleich bedacht und werde sich überzeugenden Argumenten nicht verschließen, ließ er verlauten.

Vision Ökologisierung

Die deutsche Bioszene hadert am meisten mit der geplanten Einführung von verpflichtenden Rückstandskontrollen in Bioprodukten. Wobei, so Naturland Getreidevermarkter Jörg Große-Lochtmann auf der Veranstaltung in Berlin, sich faktisch gar nicht so viel ändern werde. Längst probieren die großen konventionellen Abnehmer selbst oder erwarten das. Aber, so Große-Lochtmann, es werde dramatisch werden, wenn es dann um haftungsrechtliche Fragen gehe. Gleichzeitig eröffne sich die Möglichkeit einer politischen Diskussion: Angekündigt ist ein öffentlicher Topf, aus dem Bauern und Bäuerinnen entschädigt werden könnten, wenn deren

Produkte unverschuldet kontaminiert wurden. „Die öffentliche Hand muss darüber nachdenken, ob sie nicht bei der Zulassung von Pestiziden andere Maßstäbe anlegt als bisher“, eben weil sie nun selbst deren negative Auswirkungen finanziell kompensieren müsse. „Aber“, so schränkt Große-Lochtmann seine Vision einer Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft gleich wieder ein, „die Hoffnung, dass das passiert, ist gering.“ Europäisch liegt auf der Frage der Rückstandskontrollen nicht so ein großes Augenmerk wie in Deutschland. In Italien z.B. ist es schon nationales Gesetz, Bioprodukte auf Pestizide zu testen. Nun wird ausgerechnet die italienische Ratspräsidentschaft die Federführung in den weiteren Verhandlungen um den Verordnungsentwurf übernehmen. Bis Dezember soll etwas auf den Tisch. Auch Andrea Ferrante vom italienischen Ökoanbauverband AIAB ist kein Freund der Rückstandskontrollen, schwerer wiegt aber für ihn noch die Verlagerung der Kontrolle insgesamt raus aus der Ökoverordnung in die Kontrollverordnung und damit in die Hand staatlicher Institutionen und die seiner Ansicht nach falschen Änderungen bei den Drittlandskontrollen.

In Bewegung

Der Aspekt, bei dem die größte Einigkeit an Kritik in ganz Europa herrscht, steht auch bei Ferrante im Vordergrund: die weitgehende Abschaffung der Ausnahmeregelungen: Enthornung, Tierzukauf, Saatgut – „Wir brauchen erstmal eine eigene Züchtung“, so Ferrante. Er berichtet auch davon, dass in spanischen Ökoverbandskreisen die Teilbetriebsumstellung als Möglichkeit zur Hinführung zum Ökolandbau gesehen wird und somit erhalten bleiben sollte. Das sieht man in Deutschland schon wieder anders... „Die Spanier, wie auch wir, sind für eine neue Verordnung, weil die alte nicht gut funktioniert. Die neue Struktur ist gut“, erkennt Ferrante auch Positives, aber was dann die Kommission inhaltlich vorgelegt habe, sei nicht sinnvoll und durch die viel zu vielen delegierten Rechtsakte auch noch unklar. Es mangle an Transparenz. Die Kommission erhöhe ihre Kompetenzen, kritisiert auch Marco Schlüter von der IFOAM EU-Gruppe, auch sie lehnt als Dachverband der europäischen Ökoanbauverbände den Vorschlag aus all den vielen genannten kritischen Punkten ab. Gleichzeitig macht Schlüter auch deutlich, dass politische Realität Offenheit erfordere, wenn etwas in Bewegung gerate, um Ziele zu erreichen. cs



So lange es noch nicht genug Öko-Jungpflanzen gibt, brauchen die Gärtner in der EU Ausnahmeregelungen, damit sie weiter produzieren können. Foto: BLE/Stephan

Der Teufel im Detail

Nach der Zurückweisung der EU-Saatgutverordnung wird die inhaltliche Arbeit nicht leichter

Brüssel nimmt die Arbeit wieder auf. Nach dem Konstituieren und Posten verteilen beginnt nun auch die inhaltliche Auseinandersetzung wieder. Ein Thema ganz oben auf der Agenda der entsprechenden Generaldirektion der EU-Kommission ist der erneute Anlauf zur Überarbeitung der Saatgutverkehrsregelung auf EU-Ebene. Wir erinnern uns: im Frühjahr dieses Jahres hatte zunächst der Agrarausschuss des EU-Parlaments und dann das Parlament selber den, von der EU-Kommission zuvor vorgelegten, Entwurf zurückgewiesen. Zu viele sogenannte delegierte Rechtsakte, also jene Passagen, in denen die Kommission sich vorbehält, die Ausgestaltung der Verordnung in ihre eigene Zuständigkeit ohne Mitbestimmung des Parlaments zu legen, kritisierten die Abgeordneten unisono. Teilweise griffen sie aber auch die Kritik vor allem der Bauern-, Züchter- und Erhaltungsorganisationen auf, die bei einer, entsprechend dieses Entwurfes gestrickten Verordnung fürchteten, alles Pflanzenmaterial, was jenseits der großen kommerziellen neuen Sorten auf den Saatgutmarkt wolle, habe kaum noch eine Chance. Durchgesetzt hätte sich die Lobby der Pflanzenzüchterkonzerne, mit ihrem Dachverband der European Seed Association (ESA), die eigentlich nichts und niemand neben sich auf dem Saatgutmarkt haben will. Zwar gab es Ausnahmen, Nischen, die allerdings, so die betroffenen Akteure, nicht groß genug, nicht relevant gemacht waren. Ein breites Aktionsbündnis, unterstützt durch eine gewisse öffentliche Wahrnehmung des Themas aufgrund der plakativ zu transportierenden Sorge, die EU wolle ab demnächst den Kleingärtnern den Saatguttausch verbieten, konnte am Ende den Erfolg der Zurückweisung verbuchen.

Unterschiedliche Detailinteressen

Geht es allerdings nun um die Frage des „wie weiter“, so zeigen sich Teufel, die in den Details liegen. Deutlich werden teilweise doch nicht ganz deckungsgleiche Anliegen der Akteure. Zudem stellt sich die Frage, wie man nun, nach einem „reinen Tisch“ erneut in die inhaltliche Diskussion einsteigt. Etwa mit Maximalforderungen à la „eine Marktzugangsverordnung ist antiquiert und überflüssig“, die sicher bedenkenswert (überall sonst soll es ja auch immer der freie Markt regeln) aber radikal und was ihre Durchsetzung anbetrifft, wenig realistisch erscheint. Die andere Seite wäre eine „Spatz-in-der-Hand-Philosophie“, die sich sorgt, dass mindestens das, was als Nischen und Ausnah-



Saatgut-Vielfalt auf dem Acker durch die entsprechende EU-VO erhalten!

Foto: BLE/Menzler

men im ersten Entwurf verankert war, wieder in den neuen Vorschlag muss. So weit spannt sich die Bandbreite an Positionen für mögliche Herangehensweisen unter dem Dach von Via Campesina Europa, das wurde deutlich bei einem Arbeitstreffen ihrer Saatgutgruppe in Brüssel. Das hat auch mit nationalen Unterschieden zu tun. Während in Frankreich und Spanien bäuerliche Genossenschaften stark auf einer Ebene der Saatgutentwicklung und des Tausches zusammenarbeiten und damit Alternativen zu dem Saatgut der Konzerne bereithalten, und somit mit der Freistellung des Saatguttausches in der Verordnung zufrieden wären, gibt es in Österreich starke Vielfalts-, Erhalter- und Züchtungsinitiativen, die darauf angewiesen sind, sich über eine Vermarktung alter oder auch alternativ gezüchteter Sorten zu finanzieren. Mit weniger öffentlicher Wahrnehmung und politischem Gewicht versehen, aber von ähnlicher Struktur ist die Szene in Deutschland. Unverfänglich für alle ist noch die Forderung eines gleichberechtigten Zugangs aller Beteiligten zum Markt. Geht es dann aber um die Details von verpflichtender oder freiwilliger Zulassung oder auch nur einer Änderung

oder Lockerung der Zulassungskriterien, sodass sie für Ökosorten erfüllbar wird, so wird es schon schwieriger, gemeinsame Positionen zu finden. Die Einschätzung, dass die Kommission sich nach wie vor nicht auf eine sehr liberale Handhabung einlassen wird – allein schon weil am anderen Ende ja auch die ESA dagegen lobbyiert – lässt einen Teil der Bewegung Details festschreiben, damit diese eben nicht von der Kommission bestimmt werden. Trotzdem bleibt es wichtig, dass weder Via Campesina noch einzelne Initiativen in den Ländern aus dem Blick verlieren, dass das Ziel mehr Vielfalt und Freiheit für den Saatgutmarkt sein muss. Vielleicht lässt sich das als gemeinsame Präambel fassen, die auch über durchaus unterschiedlichen Anforderungen im Detail stehen kann. Bis Mitte September hat die EU-Kommission den sogenannten Stakeholdern anheimgestellt, ihre Anforderungen an die neue Verordnung zu formulieren, sie können das Bild einer differenzierten, sollten aber nicht das einer uneinigen Bewegung abgeben. Denn formulieren tun derzeit nicht nur die Vertreter mit bäuerlichen Interessen, sondern mit viel mehr finanzieller Stimmengewalt auch die der Industrie. cs

Streit um Exportstrategie

Im Zusammenhang mit dem russischen Importembargo für Agrarprodukte, das sich in Deutschland besonders bei Schweinefleisch und Milchprodukten auswirken wird, hatte sich Niedersachsens grüner Landwirtschaftsminister Christian Meyer für Mengenregulierungssysteme auf europäischer Ebene für die Milch- und Fleischherzeugung ausgesprochen. Einer „auf Überschüssen basierenden Exportstrategie“ bei Milch und Fleisch erteilte er im Interview mit der Zeitung *Nordkurier* eine Absage und sprach sich gegen Subventionen aus, die den Ausbau der industriellen Tierhaltung zum Zwecke der Eroberung von Weltmarktanteilen förderten. Der Agrarsprecher der grünen Bundestagsfraktion, Friedrich Ostendorff, ergänzte Meyers Aussagen: Diejenigen, die am stärksten den Weltmarkt gefordert hätten, würden nun am stärksten nach staatlicher Unterstützung rufen, wenn der Markt nicht funktioniere und der Absatz wegbreche. Gegenteilig kommentierte der Präsident des Niedersächsischen Landvolks, Werner Hilse, die Forderungen Meyers nach einer EU-weiten Deckelung der Milchmenge. Er wies darauf hin, dass die Ausfuhren der deutschen Ernährungswirtschaft nicht auf Überschüssen beruhen, sondern auf der stetig wachsenden Nachfrage der Kunden im Ausland. Auch die niedersächsische CDU entrüstete sich über Meyers „Planwirtschaft.“ cs



v. l. Josef Schmid, Andreas Hauer, Konrad Hiermer

Annahme verweigert

Als Anerkennung für seine hervorragenden Leistungen sollte den Absolventen der Landwirtschaftsschule Landshut eine Jacke mit dem Logo des Bauernverbandes überreicht werden. Andreas Hauer aus dem Landkreis Landshut verweigerte bei der Abschlussfeier die Annahme dieses Geschenkes und lieferte dem Kreisobmann des Bauernverbandes auf offener Bühne ein Wortgefecht. Der Jungbauer brachte seinem Ärger zum Ausdruck, über die schlechte Vertretung bäuerlicher Interessen, die mangelnde Unterstützung von Aktivitäten der Milchbauern und die bestehenden Interessenkonflikte des Verbandes wegen der Verpflichtungen gegenüber der Agrarindustrie. Ein derartig couragiertes Auftreten ist nur mit entsprechendem Hintergrundwissen möglich, welches auf dem Betrieb der Hauer durch die Mitgliedschaft bei AbL und BDM vorhanden ist. Bayern-AbL Vorsitzender Josef Schmid und Konrad Hiermer von der AbL Regionalgruppe Landshut bedankten sich bei Andreas Hauer für seinen Einsatz und überreichten ihm eine AbL-Jacke, eine AbL-Mütze und ein Stührwoldt-Buch, begleitet von besten Wünschen für die berufliche und private Zukunft. *AbL Bayern*

Mittelstand lehnt Investitionsschutz im TTIP ab

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) findet in seinem jüngsten Positionspapier klare Worte: „Der Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS-Mechanismus) ist in dem geplanten TTIP-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA überflüssig und strikt abzulehnen“, heißt es in dem BVMW-Papier. Das Papier ist eine Stellungnahme im Rahmen des Konsultationsverfahrens der EU-Kommission zum strittigen Kapitel Investitionsschutz im EU-USA Freihandelsabkommen. Als Begründung führt der Mittelstand an: „Aufgrund der hohen durchschnittlichen Verfahrenskosten (die OECD geht von 8 Mio. Dollar pro Verfahren aus), können mittelständische Unternehmen den ISDS-Mechanismus in der Praxis nicht nutzen. Der ISDS-Mechanismus begünstigt Großkonzerne, die so geltendes nationales Recht und die staatliche Gerichtsbarkeit umgehen können.“ Der BVMW spricht für mehr als 270.000 Unternehmen mit rund 9 Mio. Beschäftigten. *bet*

Europäische BI gegen TTIP und CETA

Am 15. Juli hat die 47. Europäische Bürgerinitiative (EBI) ihren Antrag auf Registrierung bei der Europäischen Kommission gestellt. Die Initiative „Stop TTIP“ fordert die EU-Kommission auf, dem EU-Ministerrat zu empfehlen, das Verhandlungsmandat über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) aufzuheben und auch das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) nicht abzuschließen. Ab September sollen europaweit mehr als eine Mio. Unterschriften gesammelt werden. Wichtig ist, dass eine repräsentative Anzahl von Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten geleistet werden. Mit einer EBI ist es Bürgerinnen und Bürgern der EU-Staaten seit April 2012 möglich, die Europäische Kommission aufzufordern, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Gleichzeitig erzwingt eine erfolgreiche EBI eine Anhörung im EU-Parlament. Hinter der Initiative stehen knapp 160 Organisationen aus 19 EU-Mitgliedsländern. Neben Attac, Campact, BUND oder Mehr Demokratie e.V. gehört auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) dem stetig wachsenden Bündnis an. *bet*

Wir haben Agrarindustrie satt

In Sachsen demonstrieren Tausende gegen industrielle Tierhaltung

Hunderte Menschen haben sich Anfang Juli vor dem Bahnhof Dresden-Neustadt versammelt, um gegen Agrarindustrie, für gutes Essen und eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu protestieren. Als der Demo-Zug gegen 13:00 Uhr aufbricht, sind es schon fast 2.000. Und es werden immer mehr! Bei der Zwischenkundgebung auf der Carola-Brücke gegenüber der Sächsischen Staatskanzlei schätzt die Polizei bereits 3.000 Teilnehmer. Während die 3.000 zur Abschlusskundgebung vor der Dresdner Frauenkirche ziehen, rollen 20 Traktoren auf einer anderen Route durch die Stadt und machen damit für jeden sichtbar: Die Agrarwende ist auch den Landwirten selbst ein ureigenes Anliegen!

Sachsen gegen Massentierhaltung

Zu der Demonstration hat das im Mai 2014 neu gegründete Bündnis „Meine Landwirtschaft Sachsen“ aufgerufen. In dem Bündnis findet sich ein weites Spektrum von Verbänden, Bürgerinitiativen, aber auch Unternehmen, die der Anspruch eint, in Sachsen eine Agrarwende einzuleiten. Trotzdem sind die Motive der Bündnispartner mannigfaltig. Während sich Umwelt- und Naturschutzverbände, wie BUND oder NABU um Biodiversität oder die Qualität des Trinkwassers – rund ein Viertel der sächsischen Grundwasserkörper weisen bedenkliche Nitratwerte auf – sorgen, bekümmern Tierschutzverbände die Zustände in Massentierhaltungsanlagen. Bürgerinitiativen wenden sich gegen die Auswirkungen industrieller Landwirtschaft vor Ort: massenhafter Gülleeintrag, Schwerlastverkehr, um Ställe zu ver-

entsorgen oder Geruchsbelästigungen. Sozialverbände beobachten entsetzt, dass junge Landwirte kaum eine Chance gegen etablierte Großbetriebe haben, und Unternehmen aus der Lebensmittelbranche fürchten um Nachschub von gesunden Lebensmitteln und den nächsten absatzgefährdenden Lebensmittelskandal.

Viele Gemeinsamkeiten

Nicht selten überschneiden sich die Motive der Bündnispartner. So warnen nicht nur die Umweltschutzverbände vor dem Verlust der Böden – rund 65 % sind in Sachsen durch Erosion gefährdet – und damit der Lebensgrundlage der Landwirte. Das Bündnis propagiert eine regionale Lebensmittelversorgung, um Verkehrswege zu sparen und warnt vor immer mehr Wachstum im Agrarsektor auf Kosten der Landwirtschaft in den Ländern des Südens. Mit all diesen Anliegen können sich offenbar in Sachsen so viele Menschen identifizieren, dass sie zu Tausenden auf die Straße gehen. Das honorieren auch Presse und Politik – monatelang eisern ignoriert, gibt es plötzlich ein Feuerwerk an Berichterstattung in der lokalen Presse im sonst so demonstrationsmüden Sachsen – und selbst der Landwirtschaftsminister Frank Kupfer (CDU) fühlt sich bemüßigt, ein Statement abzugeben – in Sachsen sei doch alles in Ordnung. Weil wir das aber dem Minister längst nicht mehr glauben, macht „Meine Landwirtschaft Sachsen“ weiter!

Dr. David Greve,

Landesgeschäftsführer BUND

www.meine-landwirtschaft-sachsen.de
www.wir-haben-es-satt.delsachsen



Ein bunter Demozug und 20 Traktoren in Dresden

Foto: Meine Landwirtschaft Sachsen

Es ist Winter. Draußen ist es bereits dunkel und die beiden Pferdegespanne stehen vor ihrem Wagen neben dem Wirtshaus. Nur die vier unruhigen Kaltblüter zieht es nach Hause. Mein Vater und unser Nachbar Erwin, welche an dem Tag gemeinsam Holz rückten, zog es allerdings mehr in den St. Gotthardhof als nach Hause in den Stall, wo noch weitere Arbeit auf sie wartete. Nachdem die wichtigsten Neuigkeiten zum Besten gegeben waren, nahm die gesellige Bauernrunde plötzlich mich kleinen Pimpf in ihr Visier. Jemand fragte mich, was ich denn später einmal werden wolle. Mir war klar, was mein Vater gerne hören

reits mit der Muttermilch aufgenommen und sind wohl für immer geprägt von ihr. Begeistert und aufgeregt waren wir vier Buben etwa, wenn im Sommer die Getreidefelder gelb wurden und die Mähdrescher mit ihren vom Staub geplagten Fahrern wie Außerirdische auf unserer südbadischen Feldflur auftauchten. Manchmal saßen Bauern wartend im Schatten der Bäume an ihren kleinen Feldern, angewiesen auf mündlich überlieferte Nachrichten oder sonst irgendwelche Rauchzeichen und machten ihre Hochrechnungen darüber, wann sie endlich mit Dreschen an der Reihe sind. Wenn aber die Kunde durchsickerte, dass der Mähdrescher

Stärker, schneller, schwerer

wollte und heute vermute ich, dass er eine Flasche Badischen Gutedel auf die richtige Antwort setzte. Einerseits war es mir mit meinen fünf oder sechs Jahren ziemlich unbehaglich im Mittelpunkt zu stehen, andererseits warteten die Erwachsenen gespannt auf meine Antwort. Ich überlegte und nippte an meiner Sinalco, um Zeit zu gewinnen. Durch das Sprossenfenster betrachtete ich die Pferde, welche im sparsamen Lichtschein der Außenbeleuchtung auf dem verschneiten Hof auf uns warteten. Das gepflegte Geschirr mit den glänzenden Messingbeschlagen, ihr unruhiges Scharren mit den Hufen, die kraftvolle Stimmung...

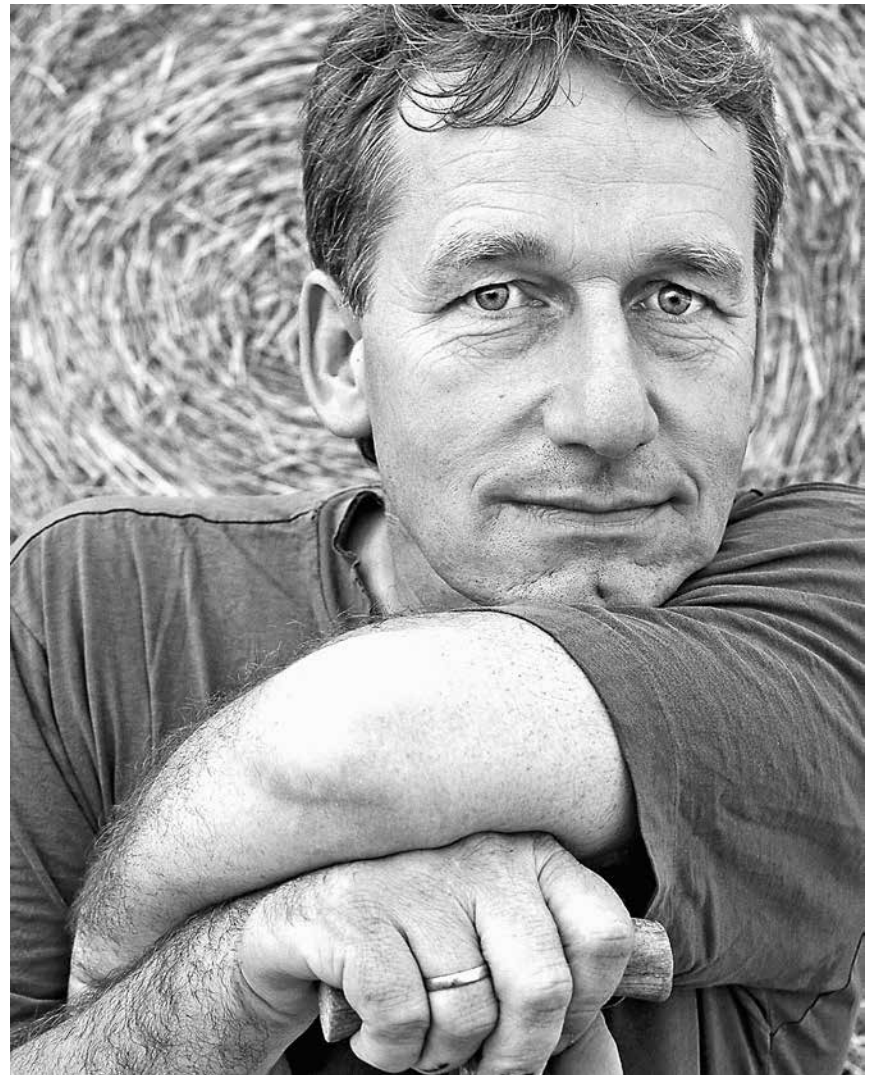
Da kam meine Antwort ohne die späteren Folgen abzusehen: „Bur“, sagte ich mit tiefer Überzeugung. Alle lachten und waren zufrieden, besonders mein Vater. Der war stolz, und Erwin nannte mich fortan mit meiner Berufsbezeichnung.

Ich will Bauer werden

Nach diesem Bekenntnis stand fest: Mein Herz schlägt für die Landwirtschaft. Aber das spätere Leben und all die Themen wie Strukturwandel, Arbeitsbelastung auf den Höfen, Sozialstruktur, Hofnachfolge etc. machten es für mich in den folgenden Jahren doch schwieriger, als sich das im Gotthardhof damals anfühlte. Die Skepsis meines Vaters gegenüber der Technik und seine tiefe Abneigung gegenüber der „Wachsen oder Weichen – Mentalität“ hatte u.a. dazu geführt, dass sich unser Betrieb nur wenig verändern und kaum entwickeln konnte - nicht ohne Konflikte mit uns heranwachsenden vier Söhnen. Unsere Zuneigung und Nähe zur Landwirtschaft stand jedoch nie außer Frage, wir alle haben sie be-

(wieder mal) verreckt sei und alle auf später oder den nächsten Tag vertröstet wurden, schimpften sie was das Zeug hielt. War endlich auch für uns der große Augenblick gekommen, mussten wir Kinder die Gäule festhalten. Das war sehr lästig, denn wie gerne sind wir mit diesem Wunderwerk der Technik mitgefahren! Spreu, Staub und Dreck haben wir vor lauter Neugier und Begeisterung nicht gespürt – zunächst nicht. Abends waren wir aber froh, wenn wir das Zeug in der Badewanne wieder los wurden und sich der schwarze Bodensatz kreisend durch den Abfluss quälte.

Dass mein Vater kein Freund der neuen Landtechnik war, hatte ich schon erwähnt, doch Ende der Sechzigerjahre gab es eine erste Wende durch den Kauf eines gebrauchten, aber leider sehr unzuverlässigen Porsche-Allgaier. Erst 1974 kam ein Schlepper auf den Hof, den wir dann auch tatsächlich einsetzten. Bis dahin wurde nahezu alles mit den Pferden erledigt. Die erste Ölkrise 1973 erlebten wir noch mit Pferd und Wagen und ohne Auto! Bis zu dieser Zeit konnte sich unsere Familie von den Erträgen unseres kleinen 14 ha großen Hofes ernähren. Wenn wir Jungs unseren Eltern halfen und mit Pflug oder Egge hinter den Pferden herliefen und uns der Nachbar auf dem angrenzenden Acker mit seinem Schlepper x-mal überrundete, fühlten wir uns zwar als Verlierer und erkannten, dass unsere Art zu arbeiten ein Auslaufmodell war. Aber inzwischen ist mir bewusst, dass wir damals ein Gespür für den Boden und seine Lebendigkeit mit auf unseren Weg bekamen, wie dies unter den heutigen Voraussetzungen ungleich schwerer ist. Dazu gehört auch das folgende Erlebnis aus dieser



Bauer aus Leidenschaft

Foto: Privat

Zeit, welches mir bis heute mit mahrender Eindringlichkeit in Erinnerung geblieben ist: Als es mein Vater einmal nicht schaffte, einen seiner Äcker zu pflügen, bat er einen Freund um Mithilfe. Der kam, bot noch etwas Krumenvertiefung an und hatte den Acker mit seinem 145 PS Schlepper und Vierscharpflug ruck zuck umgedreht - tiefer als sämtliche meiner Vorfahren mit ihren Pferden jemals zuvor. Um hinterher die entstandenen riesigen Schollen zu zerkleinern, wurde intensiv gegrubbert.

Der Boden dahin

In der folgenden Nacht regnete es stark. Und als ich von der Schule nach Hause kam, war der gute Boden auf Nimmerwiedersehen abwärts auf das Nachbargrundstück gespült worden. Seitdem kann ich mit dem Begriff Erosion etwas anfangen und es versetzt mich in Sorge, wenn ich mir klar mache, dass in den zurückliegenden 40 Jahren, weltweit 30 Prozent der fruchtbaren Böden durch Erosion, Versalzung, Versiegelung etc. verloren gingen. Und dabei ist die abnehmende Bodenfruchtbarkeit nur eine von vielen unserer ungelösten Hinterlassenschaften an die nach uns kommenden Generationen! Längst sind meine Eltern und

bald auch deren ganze Generation tüchtiger Bäuerinnen und Bauern gestorben. Mit in ihr Grab genommen haben sie viele der über lange Zeit bewährten, krisensicheren Arbeitsweisen und Konzepte.

Seit 1991 bin ich Mitgesellschafter der Domäne Fredeburg und leidenschaftlicher Ackerbauer. Mit der Übernahme des Pachtbetriebes begannen wir auch mit der Umstellung auf bio-dynamischen Landbau. Dabei war und ist es uns stets ein Anliegen, den 160 ha Gemischtbetrieb in seiner Vielfalt und Multifunktionalität weiter zu entwickeln, junge Menschen an unserer Arbeit teilhaben zu lassen und ihnen z.B. eine Berufsausbildung anzubieten. Es ist eine schöne Erfahrung und macht mir viel Freude, gemeinsam mit der heranwachsenden jungen Generation an einem Zukunftsbild unserer Landwirtschaft arbeiten zu dürfen, in der Hoffnung auf das Entstehen einer neuen Agri-Kultur.

Alfons Wiesler-Trapp

Betriebsspiegel:

160 ha Demeter-Gemischtbetrieb, Betriebsgemeinschaft mit vier Familien, Milchvieh, Hofkäserei, Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Hofladen www.domaene-fredeburg.de

Promi-Hühner vor laufender Kamera

ZDF-Moderator testet Kaufbereitschaft für Bio-Geflügel

Ja, sagt die Edeka-Kassiererin in Bienenbüttel, die Hühner gebe es auch weiter an der Fleischtheke, auch wenn der große Pappaufsteller inzwischen weg sei, „der war ja fürs Fernsehen“. Mit „dem Fernsehen“ war auch „er“ da letzte Woche, der ZDF-Moderator

Dirk Steffens, um den Abverkauf seiner Hühner selbst zu verfolgen, vor laufender Kamera versteht sich. Der smarte Typ ist eigentlich bisher eher im Zusammenhang mit exotischeren Tieren und Orten der Welt im TV aufgetreten als mit Hühnern im Landkreis

Uelzen, wenig spektakuläres Niedersachsen. Dabei war das, so die Beschreibung des ZDF, „Projekt Hühnerhof“, dass er hier in den letzten Wochen durchgezogen hat ein „enormes“, was ihn „an seine Grenzen“ gebracht habe, „denn mit Füttern und Wiegen ist es auf seiner Farm nicht getan. Im Freiland wartet das Habichtweibchen auf einen frischen Happen. Die kleinen Hühner sind ihm ausgeliefert.“ 25 von den 2.500 Vögeln, die er für sein Experiment zur Verbraucherakzeptanz von artgerecht erzeugtem Hühnerfleisch zur besten Sendezeit in zwei Folgen Ende September/Anfang Oktober castete, fielen Raubvögeln zum Opfer. Die anderen verkaufte er über Wochenmärkte in Uelzen und bei mitmachenden Lebensmittelhändlern, wie Edeka in Bienenbüttel.

Wie billig?

Vorangegangen war die nicht gefilmte Episode „Moderator sucht Bauer.“ Steffens holte sich für sein Projekt kompetente Unterstützung. In Klein Süßstedt bei Uelzen hat der Bauhof

bereits viele Jahre Erfahrung mit ökologischer Hühnerhaltung. Dort hat man ihm einen der Mastställe für 2.500 Tiere zur Verfügung gestellt und ihn mit Know-how und Tatkraft unterstützt. Aber er war auch selbst häufig im Stall, bestätigt Bauhof-Bauer Rouven Bremer und attestiert Steffens eine große Ernsthaftigkeit bei der Sache. Es ginge schließlich darum, den Leuten zu sagen: „Überleg doch mal, warum das konventionelle Fleisch so billig ist“, so Bremer. Seine konventionellen Nachbarn, die seien so eingezwängt in ein viel zu enges Preiskorsett, sie hätten gar keine Chance etwas zu ändern. Bremer freut es, dass das Feedback auf die Aktion von Dirk Steffens gut gewesen sei – er hätte noch mehr Bio-Hühner zu einem Preis, der bis zu sieben Mal höher sein muss als die konventionellen Lockangebote in und um Uelzen verkaufen können. Denn auch jenseits des Promibonus interessierten sich die Leute offenbar und kauften auch. Der Edeka in Bienenbüttel wird jedenfalls nun auch ohne ZDF-Moderator Bauhof-Hühner anbieten. *cs*



ZDF-Mann Steffens und sein Hühnerprojekt

Foto: ZDF/Hoever

Schweinesystem

Agrarökonom empfiehlt breite gesellschaftliche Diskussion über die zukünftige Tierhaltung

Es ist Grillsaison und keiner macht mit. Weder das Wetter noch die Griller, sogar trotz weltmeisterlicher Fußballanlässe, schaffen es, wie früher, die Schweinepreise zu heben. Hinzu kommt noch Russlands Importstopp. Der Preis für ein Kilo Schweinefleisch liegt bei 1,63 Euro, Tendenz weiter sinkend, so der Marktexperte der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN), Matthias Quaing. Im letzten Jahr gab es noch 1,88 Euro. „Der Bevölkerungsanteil, der kritisch zum Fleischkonsum eingestellt ist, aus ethischen oder ökologischen Gründen, nimmt zu.“ Fernsehbilder von Ferkeln, die ohne ersichtlichen Grund erschlagen werden, viel zu eng gehaltene Mastschweine für Edekas vermeintliche Premiummarke Gutfleisch, Kadaver im Futtertrog, die schlechten Nachrichten aus den Ställen in Deutschland reißen nicht ab. Auch Agrarökonom Burkhard Isermeyer attestiert der Nutztierhaltung in Deutschland fehlende gesellschaftliche Akzeptanz, vor allem jener Produktionssysteme und Betriebsgrößen, die unter Kostenspekten international konkurrenzfähig seien. Das passe auf Dauer nicht zusammen, so Isermeyer und empfiehlt der Bundesregierung einen breit angelegten gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der Nutztierhaltung in Deutschland. *cs*



Solche Bilder hat die Gesellschaft gern

Foto: Schievelbein

Die Regelungen zum neuen Zulassungsprozess gentechnisch veränderter Pflanzen in der EU gehen in die letzte Runde. Auch die nationale Ausstiegsregelung Opt-out wird mitverhandelt. Die Gentechniklobby hat hinter den Kulissen auf das Regularium Einfluss genommen. Demnächst könnte auch die Nulltoleranz beim Saatgut wieder in Frage gestellt werden. Erfreulich dagegen sind die Entwicklungen auf dem Milchmarkt. In Bayern, aber auch in ganz Deutschland, wird immer mehr Milch ohne Gentechnik produziert. Viele Landwirte verzichten auch dann auf gv-Futter, wenn die Milch konventionell vermarktet wird. Auch die Geflügelbranche hat sich in weiten Teilen wieder hinter die GVO-freie Eier- und Fleischproduktion gestellt, nachdem zu Beginn des Jahres ein Ausstieg angekündigt worden war. Der Transport von Sojaschrot könnte zukünftig in großem Maß in Containern erfolgen. Damit wäre eine unkomplizierte Versorgung, auch von Abnehmern mittlerer und kleiner Mengen, ohne die Abhängigkeit von Großimporteuren möglich.



Gentechnik laut Drehbuch

In einem Papier hat die Gentechnik-Lobby ihre Vorstellungen zur Gentechnikgesetzgebung formuliert und die EU arbeitet ab

Unsere Regierung ist über die Beteiligung von Gentechnik-Unternehmen am vorgeschlagenen Zulassungsprozess besorgt. Sie sorgt sich um das Kräfteverhältnis zwischen den Mitgliedstaaten, denen mit kleinerer Verwaltung, und den Gentechnik-Firmen. Unsere Regierung fragt sich auch, ob der Vorschlag nicht zu einer Flut an Zulassungen des Gentechnik-Anbaus führen würde, so die luxemburgische Regierung anlässlich der offiziellen Abstimmung des EU-Ministerrats zu den nationalen Verbotsmöglichkeiten. Bei der Abstimmung im Juli 2014 stimmten alle Regierungen zu, lediglich Luxemburg und Belgien enthielten sich.

Konzernmitsprache verhindern

Auch Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) stimmte für den Vorschlag und wertet ihn als „gesicherte rechtliche Grundlage“, um den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen national zu verbieten. Als problematisch bewerten neben der luxemburgischen Regierung dagegen auch verschiedene Nichtregierungsorganisationen den „griechischen Vorschlag“ (s. Kasten). Bernd Voß, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), spricht von

einem Paradigmenwechsel und einem Vorgeschmack auf das anvisierte Freihandelsabkommen EU/USA, TTIP. Bei dem Vorschlag werden Konzernrechte über die Selbstbestimmungsrechte der Mitgliedstaaten gestellt – das lehnt die AbL ab. „Dieses Mitspracherecht von Konzernen in einen Gesetzestext aufzunehmen, ist bislang einmalig und würde einen stillschweigenden Paradigmenwechsel einleiten“, so Voß.

Strategiepapier der Konzerne

In einem ARD „Exklusiv“-Beitrag werden Ansinnen und Strategie der Konzerne im Bereich Gentechnik so zusammengefasst: „Die Gentechnik soll endlich den Durchbruch in Europa schaffen. In dem von GeneWatch aufgefundenen Strategiepapier des europäischen Dachverbands der Biotechnologie-Konzerne, EuropaBio, in dem Gentechnik-Firmen wie Monsanto, BASF, Bayer, Syngenta, KWS und Pioneer organisiert sind, legt der Verband dar, mit welchen Schritten er die europäischen Regierungen zu einer gentechnikfreundlichen Politik bringen will. Harald Ebner, grüner Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, kritisiert, dass Mitgliedstaaten ein Anbauverbot nur unter der Bedin-

gung einer Zustimmung für eine europaweite Zulassung erreichen können: „So wird die Option für ein nationales Anbauverbot nur unter der Bedingung vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten nicht gegen die Anbauprodukte stimmen. Sprich europäisch zulassen und national verbieten. Damit hätte die Industrie Europa „geknackt“.

Auch in anderen Bereichen schlug der Lobbyverband Maßnahmen vor, die zum Teil sogar schon umgesetzt sind: Die EU soll GV-Pflanzen für den Import und den Anbau zur Zulassung vorschlagen und diese genehmigen, wenn es keine qualifizierte Mehrheit gibt. Tatsächlich hat EU-Kommissar Borg im November 2013 den GV-Mais 1507 zur Zulassung vorgeschlagen. Zudem soll die Kommission gegen „illegale Verbote“ der Mitgliedstaaten vorgehen. In Frankreich wurde das Verbot von MON 810 aufgehoben –

die Regierung hat aber in diesem Frühjahr erneut ein Verbot ausgesprochen. Auch dem Wunsch der Lobby, dass ein Mitgliedstaat nach europaweiter Anbauzulassung nur dann ein Anbauverbot verhängen kann, wenn er dies schon während des Zulassungsprozesses in Phase 1 versucht hat, ist nachgekommen worden.

Nulltoleranz beim Saatgut kippen?

Ein weiterer wichtiger Schritt für die Industrie wäre der Wegfall der Nulltoleranz bei Saatgut. Das Drängen auf die Einführung von Schwellenwerten findet aber vornehmlich hinter den Kulissen statt. In Deutschland ist es vor allem der Bundesverband der Deutschen Pflanzzüchter, der nicht müde wird, Schwellenwerte für Saatgut zu fordern. Neu ist das Engagement des Deutschen

Fortsetzung Seite 12 unten

Die größten Kritikpunkte an Opt-out

Gentechnikkonzerne werden wie Regierungen behandelt

In Wirklichkeit können die Mitgliedstaaten nicht "jederzeit" verbieten. Die unklare Fassung von Verbotgründen macht ein rechtssicheres Verbot schwierig und ermöglicht es den Gentechnikkonzernen, einzelne Staaten mit Prozessen zu überziehen.

Opt-out ist eine unzulässige Verknüpfung von europäischer Zustimmung und einem nur dann möglichen nationalen Verbot

Bayern: Immer mehr Milch ohne Gentechnik

Bayerische Milchbauern lehnen gentechnisch veränderte Futtermittel ab, auch wenn sie die Milch konventionell vermarkten

In Bayern... Hier stieg laut einer Untersuchung der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) der Anteil der „ohne Gentechnik“ erzeugten angelieferten Milch von 9,7 % (2011) auf 17,5 % (2012) auf 20,5 % (2013). Hinzu kommt die Biomilchmenge, die im Jahr 2011 bei 4,3 % lag, 2013 bei 4,7 %. Die größten Zuwächse bei der Milch „ohne Gentechnik“ verzeichneten die Molkereien, die jährlich weniger als 50 Mio. kg Milch erfassen.

Nach Schätzungen des LfL ist die Menge der in Bayern „ohne Gentechnik“ erzeugten Milch etwa doppelt so groß, weil

viele Milcherzeuger aus grundsätzlichen Erwägungen, unabhängig von der Molkereistrategie, ihre Produktion umgestellt hätten. Die Bezahlung für die Milch „ohne Gentechnik“ sei in den befragten bayerischen Molkereien recht unterschiedlich. So gewährten 13 der 17 Molkereien Zuschläge von weniger als 1 Ct/kg angelieferter Milch „ohne Gentechnik“. Vier Molkereien bezahlten 1 Ct/kg und mehr. Dass nicht mehr Milchprodukte als „ohne Gentechnik“ gekennzeichnet sind, dafür ist laut der Studie der Lebensmitteleinzelhandel verantwortlich. Ständiger Preisdruck bei Milchprodukten

veranlasst viele Molkereien, eine Vermarktung von Milchprodukten „ohne Gentechnik“ zu unterlassen, da der höhere Aufwand und die damit verbundenen Kosten nicht durch entsprechende Mehrerlöse gedeckt werden können. Auch seien überproportionale Kostensteigerungen bei der Verwendung von Zutaten „ohne Gentechnik“ in bestimmten Produktbereichen (Bsp. Fruchtjoghurt) ökonomisch kaum darstellbar.

Bewegung erhoffen sich die befragten Unternehmen aber durch die Ankündigungen von Rewe, bei Handelsmarkenprodukten tierischen Ursprungs künftig auf den Einsatz von gentechnikfreiem Eiweißfutter aus Europa zu setzen.

*Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie
Landwirtschaft*



Bayerns Kühe können sich schon auf viel gentechnikfreier Milch ausruhen Foto: Dirscherl/pixelio

Transatlantische Zusammenarbeit bei Biotechnologie

Mitte August veröffentlichte die Tagesschau auf ihrer Homepage den durchgesickerten vorläufigen Vertragstext des europäisch-kanadischen Handelsabkommens (CETA). Viele Beobachter schreiben diesem Abkommen Vorbildcharakter für das auch schon in der Abstimmung befindliche, aber noch geheime Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) zu. Auf Seite 448 geht das 520 Seiten umfassende CETA-Dokument auf die Maßnahmen im Bereich Biotechnologie ein.

Geplant ist demzufolge ein umfassender Austausch, insbesondere die Zulassung von biotechnologischen Produkten, Auswirkungen auf den Handel durch „asynchrone Zulassungen“ oder zufällige Freisetzung nicht genehmigter Produkte. Auch über die zukünftige Gesetzgebung in diesem Bereich sowie mögliche Handelsbarrieren durch politische Regulierung soll ein Austausch stattfinden. Es geht also darum, den „Handelspartner“ über die aktuellen Entwicklungen im jeweils eigenen Land, Kanada oder EU, zu informieren. Auch wenn dies nicht explizit ausgeführt ist, so dürfte ein derartiger Informationsaustausch vor allem das Ziel haben, auf die Entwicklungen Einfluss nehmen zu können sobald diese nicht im jeweils eigenen Sinne verlaufen. Überraschend ist, dass der Informationsaustausch nicht auf Ebene der EU endet, sondern bis zu den Mitgliedstaaten reichen soll: „inklusive Maßnahmen von EU-Mitgliedstaaten“. Weiterhin werden „gemeinsame Ziele“ der Kooperation festgelegt. Dazu gehört der Austausch von Informationen politischer, technischer und regulatorischer Art, „insbesondere“ über die Risikobewertung gentechnisch veränderter Organismen. Außerdem will man sich gemeinsam für „effiziente, wissenschaftsbasierte Zulassungsprozesse“ für Biotechnologie-Produkte einsetzen. Auch will man bei „low level presence“, also dem Auftreten von unzulässigen Gentechnik-Spuren in Produkten, zusammenarbeiten.

Keine Aussagen macht der Vertragstext zu den eigentlichen Zielen der Vertragsparteien. Ganz allgemein beschreibt er „Die Parteien sind sich einig, dass Kooperation und Informationsaustausch zu Themen der Biotechnologie von beiderseitigem Interesse sind.“ Gänzlich offen bleibt, ob dieses Interesse besteht, um frühzeitig gegenzusteuern oder weil man die Gentechnik weiter vorantreiben will. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Kanada und in der Folge auch die USA an einem deutlich laxeren Umgang mit Gentechnik in der EU interessiert sind. Wenn CETA in dieser Weise bestehen bleibt, ist es ein weiterer Schritt auf dem Weg, die gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung und Versorgung in Europa zu zerstören. mn

Fortsetzung von Seite 11

Raiffeisen Verbandes (DRV), der vor einer heterogenen Anbausituation in Europa warnt, wenn einzelne Mitgliedstaaten individuelle Verbote erlassen. Als Konsequenz fordert er einen „pragmatischen Umgang mit technisch unvermeidbaren Gentechnik-Spuren, der Festlegung von Toleranzgrenzen und einer Berücksichtigung der technischen Nachweisgrenze beim Saatgut“. Vor allem Verbraucher und viele Landwirte sehen dies anders. Ein Ende der Nulltoleranz im Saatgut, so die Befürchtung, wäre der Anfang einer schwelenden Kontamination unserer Lebensmittel. Daher fordern viele Verbände weiterhin: „Saat-

gut, die Basis unserer Lebensmittelerzeugung, muss gentechnikfrei bleiben!“

Die nächsten Schritte

Schon im September soll der Prozess um die Zulassungsverfahren auf EU-Ebene weitergehen. Nach dem Ministerrat muss sich das neu gewählte Europaparlament positionieren. Beim letzten Anlauf im Jahr 2011 hatte das Parlament weitreichende Forderungen zu nationalen Anbauverböten formuliert und den Prozess damit gestoppt. In einem offenen Brief fordert die gentechnikkritische Bewegung die Mitglieder des Europaparlaments auf, die Rechtssicherheit der Verböte deutlich zu erhöhen,

indem die Rechtsgrundlage auf Grundlage des Umweltrechts der EU erlassen wird. Zudem muss die Souveränität der EU und der Mitgliedstaaten gewährleistet bleiben und Verböte müssen jederzeit und ohne Angaben von „objektiven“ Gründen möglich sein. Zudem fordern sie, das Vorsorgeprinzip beim Anbau von GV-Pflanzen zu stärken und eine unabhängige und verbesserte Gentechnik-Risikobewertung aufzubauen. (Brief s. Homepage Anlage AbL).

Wer trägt die Konsequenzen?

Parallel dazu läuft auch in Deutschland die Diskussion, auf welcher Ebene die Verböte national umgesetzt werden sollen ob bundesweit, auf Ebene der

Bundesländer oder sogar in einzelnen Regionen. Die AbL hat die Agrarminister von Bund und Ländern aufgefordert, sich bei der anstehenden Agrarministerkonferenz für rechtssichere Anbauverböte einzusetzen, die bundesweit gelten. Denn die Bundesregierung muss, wenn sie sich auf europäischer Ebene nicht gegen den Anbau von GV-Pflanzen ausspricht, die Verantwortung tragen. Die Auseinandersetzungen mit Konzernen oder Gentechnik befürwortenden Landwirten auf Bundesländer oder einzelne Regionen abzuschieben, ist verantwortungslos.

*Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie
Landwirtschaft*

Entwicklungen „ohne Gentechnik“

Nach anderslautenden Ankündigungen steigt der Geflügelbereich nun doch nicht aus der GVO-freien Fütterung aus

Mitte Februar dieses Jahres erklärten die Verbände der großen Geflügelfleisch- und Eierproduzenten aus Deutschland, dass ihre Produkte ab sofort wieder mit gentechnisch verändertem (GV) Soja erzeugt werden müssten. 14 Jahre nachdem die Geflügelbranche sich verpflichtet hatte, keine Gentechnik-Pflanzen zu verfüttern. Auch McDonalds Europe verkündete, sie hätten die Beschränkungen für ihre Hähnchenfleischlieferanten aufgehoben, nach denen diese vorher ausschließlich gentechnikfreies Hühnerfutter einsetzen durften. Lediglich österreichische, französische und Schweizer McDonalds Filialen setzen weiter auf gentechnikfreie Fütterung. Als ein Grund ihres Rückzugs nannten die Geflügelverbände die mangelnde Verfügbarkeit gentechnikfreier Soja. Dabei gibt es nach Angaben brasilianischer Sojaproduzenten 2014 im Vergleich zur Vorsaison sogar zehn Prozent mehr gentechnikfreie Soja. Zwar gab es im letzten Jahr Lieferverzögerungen, diese hatten ihre Ursache jedoch in der Logistik und nicht im Angebot. Die Kapazität der brasilianischen Häfen war nicht parallel zum vermehrten Sojaanbau ausgeweitet worden. Die Engpässe sollten in diesem Jahr behoben sein. Vielleicht war und ist es aber auch ein Austesten der Branche, was dem Handel die Gentechnikfreiheit wert ist?

Dynamik

Keinesfalls verfolgten alle Branchenmitglieder den eingeschlagenen Kurs des Zentralverbands der Geflügelwirtschaft (ZDG) und des Bundesverbands Deutsches Ei (BDE). So hat Deutschlands größter Vermarkter der Eier-Produzenten, die Deutsche Frühstücksei, frühzeitig deutlich gemacht, dass sie an ihrem Gentechnikfrei-Programm festhält. Gleiches erklärte Plukon Deutschland (ehemals Stolle), einer der fünf Großen im Geflügelmastbereich. Auch die REWE Group teilte mit, dass das Hähnchensortiment der Eigenmarken gentechnikfrei bleibe. Seit Anfang 2013 verzichtet REWE bei sämtlichen Hähnchen ihrer Eigenmarken im Frischebereich auf gentechnisch veränderte Soja. Edeka dagegen vermeldet, sie seien noch im Findungsprozess.

Seit dem Frühjahr gibt es eine große Dynamik im Eier- und Geflügelfleisch-Bereich und intensive Diskussionen zwischen Handel und Mästern. Der Handel, so Alexander Hissting vom

Verein „Lebensmittel ohne Gentechnik“ (VLOG), drängt die Mäster und Legehennenhalter, wieder auf gentechnikfreies Geflügelfleisch und Eier umzustellen. Und – zumindest im Bereich der Schaleneier – scheint es sechs Monate später eine Wende zu geben. Laut Lebensmittelzeitung verhandeln die Lebensmitteleinzelhändler und Eierproduzenten zurzeit über neue Verträge. Anscheinend fordern nicht nur Rewe und Edeka sondern auch die Discounter Aldi und Lidl eine gentechnikfreie Fütterung von den Eierproduzenten. Hissting ist optimistisch: „Wir rechnen damit, dass zum Jahresende nahezu alle Schaleneier im deutschen Lebensmitteleinzelhandel aus gentechnikfreier Tierfütterung stammen“. Der Wille der Eiervermarkter sei in vielen Gesprächen deutlich geworden. Greenpeace hat 30 der großen Eiervermarkter diesbezüglich abgefragt. Alle bieten Schaleneier aus gentechnikfreier Fütterung an, allerdings mit unterschiedlichen Standards. Einige haben als Nachweis der gentechnikfreien Fütterung die Lieferscheine. Andere haben einen eigenen Zertifizierungsprozess aufgebaut.

Auch im Geflügelmastbereich drängt der Lebensmittelhandel die Mäster, wieder auf gentechnikfreies Geflügelfleisch umzustellen. „In mehreren Handelsrunden haben sie das klar artikuliert – aber die Mäster mauern“, so

Hissting. Durch die starke Konzentration des Geflügelmastbereiches – 70 bis 75 % des Hähnchenmarktes wird von den zwei Mästern Wiesenhof (die PHW-Gruppe) und der Rothkötter Gruppe bedient – ist es auch für die sonst mächtigen Handelsunternehmen, wie bspw. Lidl oder Aldi nicht einfach Druck aufzubauen, wenn sie ihre Angebotsmenge aufrechterhalten wollen. Allerdings gibt es Marktverschiebungen. Bei Plukon, die weiterhin auf die gentechnikfreie Erzeugung setzen, steigt der Anteil bei gentechnikfrei erzeugtem Geflügel.

Differenzierung

Unklar ist, ob der Handel frühzeitig in die Überlegungen der Geflügelbranche einbezogen wurde, wieder auf Gentechnik-Futter umzustellen. Zumindest ist hierdurch die Diskussion um die Kennzeichnung der gentechnikfreien Fütterung wieder in Gang gekommen. Bislang wurde eine „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung nicht offensiv betrieben. Das könnte sich jetzt ändern und der Handel sowie die Erzeuger und Verarbeiter könnten sich durch eine Kennzeichnung weiter differenzieren. Bewegung gibt es bei der EDEKA, die aktuell Mitglied im Verein Lebensmittel ohne Gentechnik geworden ist und in ihrer Pressemeldung angibt, dass bei allen Edeka Eigenmarken Produkten

die Fütterung der Schweine, Rinder und Geflügel schrittweise auf heimische Futtermittel oder auf zertifiziert verantwortungsvolles, gentechnikfreies Soja umgestellt werden soll. Ab Herbst seien erste Produkte „ohne Gentechnik“ in den Märkten zu finden. Welche das werden und welchen Zeitplan es gibt, konnte die EDEKA auch auf Nachfrage noch nicht nennen. Aktuell, so das Unternehmen, liefen Prüfprozesse bei den Vorlieferanten, um die Voraussetzung für eine entsprechende Zertifizierung abzuklären.

Milch vorne

Vorreiter der „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung war der Milchbereich. Laut VLOG vermarkten 35 Lizenznehmer „ohne Gentechnik“ Milchprodukte. Molkereien, Käseereien und Joghurthersteller sind die Lizenznehmer und loben ihre Produkte ganz oder teilweise aus. Etwa 22 Prozent der erfassten deutschen Milch entspricht den „ohne Gentechnik“-Kriterien. In Bayern sind es laut einer Untersuchung der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) in diesem Jahr sogar schon mindestens 25 Prozent – wenn nicht 40 Prozent (siehe Seite 12).

*Annemarie Volling
Netzwerk gentechnikfreie
Landwirtschaft*



Es bleibt wohl nun bei einer gentechnikfreien Geflügelfütterung

Foto: EU-Kommission

GVO-freies Soja aus dem Container

Noch gibt es logistische Probleme, die aber schon bald gelöst sein werden

Wer vom Altonaer Balkon in Hamburg steht, dem springen die Containerterminals, riesigen Frachter und die Stapel aus Containern am anderen Elbufer förmlich in Auge. Container sind eigentlich für den Transport von Stückgut (Güterart, die aus sich heraus, verpackt oder mit einer Ladeinheit verbunden so formbeständig ist, dass sie bei Transport-, Lagerungs- und Umschlagsvorgängen als Beförderungseinheit zu behandeln ist. Tara-Gewicht üblicherweise bis drei Tonnen) vorgesehen. Sojaschrot dagegen fällt unter die Warengruppe der Schüttgüter (Der Begriff Schüttgut bezeichnet ein körniges oder auch stückiges Gemenge, das in einer schüttfähigen Form vorliegt. Bestimmt werden die Eigenschaften von Schüttgut durch die Korngröße und die Kornverteilung sowie die Schüttdichte, den Schüttwinkel, die Feuchtigkeit und die Temperatur) und verträgt sich daher zumindest auf den ersten Blick nicht mit dem Transport im Container. Bisher wurde Sojaschrot in der Regel in Schüttgutschiffen der Panmax-Klasse transportiert. Der Name leitet sich vom Panamakanal ab. „Panmaxe“ sind die größten Schiffe, die den Kanal gerade noch passieren können. Insgesamt kann ein solches Schiff ca. 65.000 Tonnen laden. Pro

Ladekammer sind es zwischen 6 und 8.000 Tonnen.

Flaschenhals Schüttgut-Terminals

Mangels jahrelang verschleppter Erweiterungsinvestitionen bei Schüttgutterminals in nahezu allen brasilianischen Häfen ist es 2013 angesichts der explosiv steigenden Sojaproduktion des Landes zu Wartezeiten vor der Beladung (sog. Line-ups) gekommen, die teils bis über 120 Tage reichten. Dies bei Liegekosten von teils über 10.000 Dollar pro Tag! Am meisten hat darunter die Verschiffung von Non-GMO-Schrotware und -Sojabohnen gelitten.

So kam man angesichts niedriger Frachtraten in der Container-Verschiffung auf die Idee, diese beiden Produkte als „Schüttgut in Containern“ zu verschiffen. Denn – dies ist der große Unterschied – in den Container-Terminals beträgt der Line-Up nur etwa ein bis zwei Tage.

Kleinere Einheiten

Seit einiger Zeit gibt es daher nun neben dem weiterhin bestehenden klassischen Schüttgut-Verkehr parallel auch auf Container umgestellte Importe. Dies birgt für gentechnikfreie Ware die zusätzlichen Vorteile, dass das Kontaminationsrisiko massiv redu-

ziert wird. Außerdem kann so der Landhändler oder gar der Landwirt unmittelbar bei der brasilianischen Ölmühle einkaufen. Je nach Containertyp werden zwischen ca. 16 Tonnen im 20-Fuss-Container und bis zu 25 Tonnen im 40-Fuss-Container transportiert. Der Container erlaubt eine einfache Belieferung auch von küstenfernen Standorten. Eine Möglichkeit der Kontamination besteht nur bis zum Zeitpunkt der Befüllung in Brasilien. Danach wird der Container verschlossen und erst wieder am Bestimmungsort, beim Landhandel oder sogar auf dem Hof des Landwirts, geöffnet. Die Ölmühlen und Verladeterminale in Brasilien produzieren streng getrennt, entweder GVO oder nicht GVO Ware. Man weiß dort, dass eine duale Produktion die Einladung zu ständig auftretenden Kontaminationsproblemen wäre. Im Zusammenspiel mit der guten Reinigungsmöglichkeit der Container scheint eine mögliche Kontamination des Sojaschrots beim Transport im Container weitgehend ausgeschlossen.

Und der Preis

„Große Menge kleiner Preis, kleine Menge großer Preis“ so die weitläufige Vorstellung. Im Falle des Sojaschrots hängt die Kalkulation aber von vielen

kleinen Faktoren ab. Grundsätzlich müsste der Preis für Container-Ware deutlich niedriger als bei der traditionellen Schüttgut-Verschiffung liegen, da etliche Logistikkosten und auch Handelsstufen eingespart werden. Der Transport vom europäischen Hafen zum Käufer schlägt dann jedoch wieder deutlich zu Buche. In jedem Fall gilt die Faustregel, dass eine Tonne Sojaschrot aus dem 40'-Container preiswerter ist als aus dem 20'-Container.

Logistische Feinheiten

In Europa ist der Ansprechpartner für Interessenten von Sojaschrot per Container das Schweizer Spezialmakler-Unternehmen AgroTrace in Genf, wo man natürlich auch ausgezeichnet deutsch spricht. Die ersten Transporte sind schon bei diversen europäischen Kunden angekommen und die Nachfrage ist nach Auskunft von Jochen Koester von AgroTrace, trotz der geringen Bewerbung, erfreulich vielversprechend. Derzeit perfektioniert man noch gemeinsam mit Ölmühlen und Container-Reedereien die Transportkonditionen. AgroTrace möchte seinen Kunden – die Zielgruppe sind neben großen und mittleren Unternehmen auch einzelne Landwirte – ein Komplettpaket anbieten. Neben dem Seetransport gilt es, den Containertransport vom Einfuhrhafen bis zum Endverbraucher sowie die Zoll- und Versicherungsmodalitäten verbindlich zu regeln. Für den Kunden bleibt all dies weitgehend unsichtbar. Er bekommt einen Preis pro Tonne im Container zur Lieferung vor Ort. Nach Auskunft von Jochen Koester ist der Preis der Containerware mit der lose transportierten eindeutig wettbewerbsfähig. Aufgrund der logistischen Vorteile bei der Beladung in Brasilien und dem Binnentransport in Deutschland liegen die Preise im Optimalfall abhängig vom Zielort häufig sogar noch darunter. Auf Anfrage versendet AgroTrace ein kurzes Informationsblatt mit allen erforderlichen Angaben – auch zur Zertifizierung der Ware sowie der Möglichkeit, sie in Deutschland problemlos bei der Produktion als „Ohne Gentechnik“ auszulobendes Erzeugnis einzusetzen. *mn*

AgroTrace S.A.
agency@agrotrace.eu
www.agrotrace.eu
Tel. 0041 (22) 870 9880



Soja aus dem Container. Die Plane verhindert, dass die Ladung beim Öffnen der Türen gleich herausfällt.

Foto: MAERSK

Internationaler Austausch beim Saatgut

EMSA Treffen mit IGN in Saint Omer/Nordfrankreich

Am 8.05. fand die Jahreshauptversammlung der europäischen Saatgutaufbereiter in Frankreich statt. Die IG Nachbau (IGN) war vertreten mit Franjo Dohle, Klaus Buschmeier, Anwalt Jens Beismann und Gerhard Portz. Bedauert wurde von allen Anwesenden, dass die Aufbereitung von Saatgut mehr und mehr durch die Züchter erschwert wird. Ein Hauptgrund ist die Verwendung von Hybridsaaten, die eben nicht wieder aufbereitet werden dürfen und somit nicht nachgebaut werden können. Es besteht zudem die Angst, dass die Züchter mit gentechnisch verändertem Saatgut und damit verbundener Patentierung den ganzen Markt unter sich aufteilen wollen. Die Versprechen, die den Bauern beim Verwenden von diesen Variationen gegeben werden, sind in den seltensten Fällen zutreffend, da die Erträge anfangs höher ausfallen können. Jedoch wurden die zugrunde gelegten Kosten nicht korrekt aufgelistet. Es wird beklagt, dass die Beratung der Landwirte durch Industrie und auch staatliche Stellen die Interessen der Züchter und nicht der Bauern verfolgt. Sie argumentieren auch mit gesünderen unempfindlicheren Saaten. So haben die englischen Aufbereiter versucht, eine Zulassung über die Aufbereitung von Hybridsorten als Nachbau mit den Züchtern zu erreichen, doch da gibt es keine Chance auf Einigung. Die Dänen versuchen einen Schulterabschluss mit den Züchtern und wollen Z-Saatgut aufbereiten. Hauptsache die Maschinen sind ausgelastet. Im Laufe des Tages wurden die Probleme mit Nachbausaatgut immer deutlicher. Ein französischer Aufbereiter geht davon aus, dass er in fünf Jahren seine mobile Anlage einstampfen kann, da ihnen dann nicht mehr genug Liniensorten zum Aufbereiten zur Verfügung stehen. So hat er jetzt in eine mobile Aufbereitungsanlage für Kartoffeln investiert. Der Vorsitzende Nigel Day sprach sich für eine weitere Zusammenarbeit mit uns aus. Denn die IGN hat das rechtliche Wissen, was in Zukunft immer wichtiger wird, um sich erfolgreich das Recht für Nachbausaatgut zu erhalten. Er würdigte unsere Arbeit und hoffte, dass wir weiter gemeinsam streiten. Denn wenn wir das Recht an unserem Saatgut verlieren, dann gehen in ihren Geschäften auch die Lichter aus. Als nächstes ist ein Treffen auf EU-Ebene in Brüssel angedacht. Als wir nachmittags durch das schöne St. Omer zur Besichtigung eines Aufbereitungsbetriebes gingen, kamen wir an der zerstörten riesigen Kathedrale vorbei. Es stehen nur noch die Fassade und einige Restmauern. Der 8.05. ist ja der Jahrestag

der Landung der alliierten englischen und amerikanischen Streitkräfte gegen Nazi-Deutschland an der französischen Küste. In Gedanken sah ich schon die zerstörerische Kraft des 2. Weltkriegs und hielt mir die Hände vor den Kopf. Ich fragte die englischen und französischen Kollegen, ob wir Deutschen für die Zerstörung der Ka-

thedrale verantwortlich gewesen seien, ein Stein fiel mir vom Herzen als die Franzosen sagten: „Das wart ihr nicht, die Zerstörung geschah während unserer Revolution.“ Alle lachten und sagten: „Ihr seid nicht für alles Unrecht verantwortlich.“ cs



Genetische Ressource, Saatgutmischung, Futter?

Foto: BLE/Stephan

Klage ums Züchterprivileg

Mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wehren sich 17 deutsche Pflanzenzüchtungsunternehmen gegen die für Oktober geplante Umsetzung des sogenannten Nagoya-Protokolls der Biodiversitätskonvention in eine Verordnung der Europäischen Union. Darin soll der Zugang zu genetischen Ressourcen so geregelt sein, dass Biopiraterie, also die Ausbeutung der biologischen Vielfalt in den Ländern des Südens zugunsten der Saatgutkonzerne des Nordens zukünftig verhindert wird. „Die entsprechende EU-Verordnung ist überbürokratisch, schränkt den Zugang zu und die Nutzung von pflanzengenetischen Ressourcen vor allem für die Pflanzenzüchtung ein und geht weit über die im Nagoya-Protokoll niedergelegten Grundsätze hinaus“, erläutert Stephanie Franck, Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter (BDP), für die Branche die Klage der Züchterunternehmen. Man habe nichts gegen den geplanten Vorteilsausgleich zugunsten der Ursprungsländer genetischer Ressourcen, aber man wehre sich gegen die geplanten überbordenden Dokumentationspflichten, so Franck in einer Presseerklärung. Vor allem aber untergrabe die umsetzende EU-Verordnung den als Open-Source-System angelegten Sortenschutz. Die bislang nicht an Auflagen geknüpfte Verwendung neu gezüchteter, geschützter und im Markt befindlicher Sorten als genetische Ressourcen für die Weiterzüchtung und Forschung wird künftig wegen umfangreicher Nachweispflichten kaum mehr möglich sein. Während also die Züchter nach wie vor das Privileg beanspruchen wollen, geschützte Sorten für sich zu nutzen, haben sie das den Bäuerinnen und Bauern schon vor Jahren abgesprochen. cs



Termine

Wieder einmal stehen zwei wichtige Gerichtsverhandlungen in Sachen Nachbau an: Freitag, 19. September 2014, 10.30 Uhr, Saal 5, Landgericht Mannheim, STV verklagt BAGENO Bad Merzheim, eine der größten Genossenschaften in BaWü. Donnerstag, 25. September 2014, 11.00 Uhr, Oberlandesgericht München, Prielmayerstr. 5, Sitzungssaal E 41. Hier geht es um die Frage, gibt es eine Nachbaugesbührenpflicht unabhängig von der Auskunft. Beide Verfahren versprechen spannend zu werden. cs

Weitere Infos:
Georg Janßen
IG Nachbau
Tel: 04131-407757

Die Antwort auf die nächsten 100 Kühe

Vielfalt statt Wachstum auf einem niedersächsischen Milchviehbetrieb

Zwischen Osnabrück und Bremen am Rande des Rehdeener Geestmoors liegt der Betrieb von Wolfgang und Kathryn Johanning. Der Milchviehbetrieb im niedersächsischen Landkreis Diepholz wird seit 1999 von dem Betriebsleiterehepaar geführt. Die benachbarten und aufgrund ihrer hohen Viehdichte überregional bekannten Landkreise Cloppenburg und Vechta haben diese Region zu einer „Zuschussregion“ werden lassen, wie es der Betriebsleiter ausdrückt. Waren es anfangs noch die Gülletransporte aus den Überschussregionen, die in die Region drängten, ließen in den letzten Jahren über Anpachtung von Land und zunehmend auch durch den Bau von Biogasanlagen und Stallanlagen eine Gemengelage entstehen, die ihren Ausdruck in exorbitanten Pachtpreisen findet. Aus diesem Grund wird sich Wolfgang Johanning im Herbst dieses Jahres von einem angepachteten 500er Maststall inklusive 18 Hektar Pachtland trennen.

Preise von weit über 1.000 Euro Pacht sind für ihn nicht wirtschaftlich vertretbar.

Betriebsentwicklung

1983 wurde der existierende Boxenlaufstall gebaut, der damals bis zu 60 Kühen Platz bot. Bis zum Jahr 2000 wurde durch An- und Umbaumaßnahmen der Milchviehbestand auf die heute noch aktuelle Größe von 120 Kühen erweitert. Die weibliche Nachzucht wächst auch auf dem Hof auf, sodass insgesamt zwischen 260 bis 270 Tiere gehalten werden. Vor etwa fünf Jahren stellte sich zunehmend die Frage, wie es weiter gehen soll. Wolfgang Johanning drückt die damaligen Gedanken so aus: „Jetzt weiter wachsen oder das was da ist, gut organisieren und in die nächste Wertschöpfungskette gehen?“ Man entschied sich für letzteres und fand für den Part „das was da ist gut organisieren“ die Lösung in der Investition eines Melkroboters. Seit 2012 werden die

120 Kühe in zwei Melkboxen gemolken, ein Selektionstor ermöglicht den Tieren bis zu drei Stunden nach jedem Melkvorgang den Zugang zur drei Hektar großen Weide.

Die Milchjahresleistung liegt bei etwa 9.500 Kilogramm je Kuh und damit im Mittelfeld der Region des Milchkontrollvereins Weser-Elbe für die Region Emsland/ Südoldenburg. Der Betriebsleiter, der im Bund deutscher Milchviehhalter und in der AbL Niedersachsen organisiert und engagiert ist, strebt eine hohe Grundfutterleistung von etwa 5.000 Kilogramm Milch je Kuh und Jahr mit möglichst langlebigen Tieren an. Dass dies nicht nur ein Wunsch ist, zeigen die dreieinhalb Laktationen, die eine Kuh im Durchschnitt auf dem Betrieb verweilt.

Eiweißstrategie

Dem im Juni gestarteten niedersächsischen Eiweißprojekt unter Federführung der AbL Niedersachsen in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für Ökolandbau – KÖN, sieht Wolfgang Johanning sehr positiv entgegen. Er selber ist diesbezüglich ein Pionier. Ein Umdenken in Richtung höherer Anteile eigener Eiweißkomponenten begann vor etwa sechs Jahren. Waren es anfangs noch hohe Sojaschrotpreise, die ihn nach Alternativen schauen ließen, sind es heute Themen wie Gentechnikfreiheit und ein möglichst hoher Grad an regional angebaute Komponenten in der Futterration. Auf den überwiegend sandigen bis leicht anmoorigen Böden mit Bodenpunkten zwischen 18 bis 35 ist in der Region der Mais die dominierende Frucht. Macht man eine Feldrundfahrt über die „Johanning'schen Flächen“ wird es abwechslungsreich. Auf mehr als fünf Hektar versucht sich der Betriebsleiter seit dem letzten Jahr an dem Anbau der Luzerne. Im letzten Jahr gab es noch so große Probleme mit hohem Unkrautdruck, dass von der Luzerne leider nicht viel zu sehen war. Dieses Jahr sehen die Bestände um einiges besser aus. Mit den Erträgen ist Wolfgang Johanning auch zufrieden: „Wir werden uns weiter mit der Luzerne beschäftigen und am optimalen Anbau feilen“, so der Betriebsleiter. Dies macht er schon seit einigen Jahren mit einem Klee-Gras-Gemenge. Die Bestände präsentieren sich in einem überwiegend guten und wüchsigen Zustand zum Zeitpunkt der Rotkleeblüte. In der Regel werden sie klassisch mit den an-

deren Grünlandaufwüchsen einsiliert. Wolfgang Johanning hat sich aber auch schon an die eigene Herstellung von Klee-Gras-Cops gemacht. Dies ist auch ein Vorhaben, das er mit der Luzerne noch weiter entwickeln möchte. Auch die Erbse ist eine eigen angebaute Eiweißkomponente. Im Herbst 2013 wurden sechs Hektar Wintererbse angebaut. Der Bestand hatte eine gute Vorwinterentwicklung, wurde dann aber von Botrytis (Grauschimmel) dahingerafft. Dafür konnten bei den klassischen Sommererbsen fünf Tonnen pro Hektar geerntet werden. Diese wurden gemahlen, eingesäuert und per Schlauchverfahren konserviert. Wenn es um das Thema Eiweißstrategie geht, verweist Wolfgang Johanning aber auch immer wieder auf das Grünland. „Es ist ganz wichtig, dass dem Grünland eine hohe Bedeutung zur Erreichung der Ziele zukommt. Allgemein müssen wir runterkommen von den hohen Maisanteilen in der Grundfutterration von Milchkuhen.“ Schaut man auf den Futtergang im Milchviehstall kann man sich vorstellen, wovon der Praktiker spricht. Bis zu zwei Drittel der Grundfutterration besteht aus Gras- bzw. Klee-/Luzernegrassilage.

Milchtankstelle & Mehr

Die Sinnhaftigkeit des ewigen Wachstums bewegte die Johannings vor etwa fünf Jahren. Statt der sonst üblichen Antwort: Herdenvergrößerung, war man damals zu dem Entschluss gekommen, mehr Wertschöpfung auf den Betrieb zu holen. Seit Mai dieses Jahres zielt eine Milchtankstelle, an der rund um die Uhr Milch am Automaten gezapft werden kann, die Hofeinfahrt. Etwa 1.000 Liter werden so monatlich verkauft. Der nächste – weitaus größere Schritt – ist in Planung. Eine Käserei soll es sein, in der die betriebseigene Milch zu leckeren Käseprodukten weiter verarbeitet wird. Ein Gebäude ist auch schon gefunden – die alte Käserei im Dorf Rheden. Für die Johannings ist klar: Es müssen nicht die nächsten 100 Kühe sein.

Christoph Dahlmann,

AbL-NRW Projekt:

„Vom Acker in den Futtertrog“



Die Milchtankstelle auf dem Hof Johanning ist das erste Haus am Platze, dahinter der Kuhstall.

Foto: Dahlmann

Heimische Eiweißfuttermittel in Niedersachsen

Neues Eiweißprojekt zur Vernetzung der Akteure und der Förderung der Königinnen des Ackerbaus

Im ökologischen Landbau gehören Leguminosen als Stickstoffsammler und Eiweißlieferanten schon immer zur gängigen Praxis. In der konventionellen Landwirtschaft gibt es hier allerdings erheblichen Nachholbedarf. Das Projekt „Etablierung heimischer Eiweißfuttermittel in Niedersachsen“ soll Abhilfe schaffen. Ein wesentliches Ziel ist die Vernetzung der einzelnen Akteure und der Aufbau einer Wertschöpfungskette von der Erzeugung über die Verarbeitung bis zur Vermarktung. Die Träger sind der AbL Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. und das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen GmbH. Mit Hilfe des Projektes sollen besonders im konventionellen Bereich Anreize geschaffen werden, die Anteile von heimisch erzeugtem Futter zu erhöhen und dadurch die starke Abhängigkeit von importiertem Eiweißfutter (hauptsächlich Soja-Produkte aus Nord- und Südamerika) zu reduzieren. Gleichzeitig soll ein Austausch mit Eiweiß-Projekten in den Bundesländern NRW, Bayern, Baden-Württemberg, in denen es bereits ähnliche Projekte unter verschiedener Trägerschaft gibt, stattfinden. Das niedersächsische Projekt startete Mitte Juni 2014. In den kommenden drei Jahren soll eine ganze Palette von Maßnahmen und Aufgaben abgearbeitet werden: Als Erstes soll die Situation des Eiweißpflanzenbaus und ihre Verfütterung in Niedersachsen erfasst werden. Dazu ist geplant, Berichte von Praktikern zu sammeln und die Erfahrungen und Daten an Anbauer und interessierte Landwirte weiterzugeben. In Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wie Beratern, Futtermittelfirmen, aber auch Bundes- und Länderbehörden soll ein intensiver Austausch zu praktischen Fragen initiiert werden. Insbesondere geht es



Junges Eiweißprojektpflänzchen jetzt auch in Niedersachsen

Foto: BLE/Stephan

um Erfahrungen bei Aufbereitung, Trocknung, Lagerung und Verfütterung. Im Rahmen des Projektes sollen diese Ergebnisse dann Grundlage zur Berechnung von Futtermittlerationen und –kosten sein. Insbesondere für Betriebe, die ihre Produkte mit dem Label „ohne Gentechnik“ ausloben wollen, kann die Eigenversorgung mit Eiweißfuttermitteln von zentraler Bedeutung sein. Um einen Kontakt zwischen Anbietern und Interessenten zu ermöglichen, soll ein digitaler Marktplatz geschaffen werden. Darüber hinaus wird eine enge Vernetzung der Futtermittelhändler, biologisch und konventionell, angestrebt. Eine Möglichkeit ist der Aufbau von Vermarktungsgemeinschaften. Auch die Öffentlichkeitsarbeit und Kom-

munikation der Erkenntnisse zum Thema werden einen hohen Stellenwert haben. Die Wissensvermittlung in direkter Linie zu den unterschiedlichen Akteuren wird durch Erstellung von Rundbriefen, Workshops, Feldtage, Beraterfortbildungen und andere Veranstaltungen ergänzt werden. Um den Anbau heimischer Eiweißfuttermittel in die Praxis zu bringen, werden Demonstrationsbetriebspaare (jeweils konv./öko. mit vergleichbaren Bedingungen bzgl. Böden, Niederschläge, Betriebsschwerpunkt usw.) gesucht. Aufgabe dieser Betriebe ist es – gegen eine Aufwandsentschädigung – Versuche von mehreren Kulturen/Sorten durchzuführen. Dieser Versuchs-anbau soll vorrangig dazu dienen, anderen Landwirten, aber auch der Öffentlichkeit in der Region, in kleinen Gruppen die Möglichkeiten sowie die Produktionstechnik des Eiweißpflanzenbaus näher zu bringen. Der Schwerpunkt, der in diesem Projekt behandelten Kulturen wird bei Ackererbsen und –bohnen sowie feinsamigen Leguminosen (Klee, Luzerne), evtl. Buchweizen liegen. Darüber hinaus soll ein Netzwerk von Kooperationsbetrieben geknüpft werden. Von Betrieben, die bereits über Anbauerfahrung verfügen, soll eine Plattform zum Wissenstransfer, Austausch untereinander usw. aufgebaut werden.

*Annika Berner,
Eiweißprojekt Niedersachsen*

Bei Interesse melden Sie sich bitte unter info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

Ein erster Workshop

Eine erste Auftaktveranstaltung des Projekts hat Ende Juli in Hannover stattgefunden. Bei dem Workshop – veranstaltet von AbL, KÖN und der Landwirtschaftskammer Niedersachsen – sind über 30 interessierte Bauern, Futtermittelhändler, Berater und andere öffentliche und private Institutionen (VEN, BUND) zusammengekommen, um Probleme, Handlungsbedarf und Lösungswege zum Thema zu benennen. Besonders in den dort durchgeführten Arbeitsgruppen wurden wichtige Inhalte für die Arbeit der nächsten drei Jahre benannt. In der Produktionstechnik wurde beklagt, dass seit den 80er Jahren viel Fachwissen bei den Landwirten verloren gegangen ist, was wieder aktiviert werden muss. Die Futtermittelhersteller stellten ihre Probleme dar, mit kleinen Anlieferungsmengen umgehen zu müssen; und im Bereich regionale Vermarktung von mit einheimischem Futter gefütterten Tieren stehen alle Marktpartner noch am Beginn einer Entwicklung des Sektors.

Leider wurde die angekündigte Förderung durch die Agrarumweltmaßnahme AL 1 (vielfältige Fruchtfolge mit Leguminosen-Anteil) kurz nach Start des Eiweißprojektes vom Land Niedersachsen zurückgenommen. „Wir ermutigen die Landwirte umso mehr, den Einstieg in Greening-Maßnahmen zu nutzen, mehr Eiweißfutter anzubauen, denn unser Projekt war ja völlig unabhängig von den Agrarumweltmaßnahmen konzipiert und wir gehen davon aus, dass sich der eigene Anbau von Eiweißfutter auch ohne Fördermaßnahmen langfristig rechnet“, so AbL-Projektleiter Eberhard Prunzel-Ulrich.

Leguminosen App

Das Informationssystem Integrierte Pflanzenproduktion (ISIP) und das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) haben eine App zur Stickstoffbilanzierung von Leguminosen herausgebracht. Wie das KTBL vergangene Woche mitteilte, kann mit der Software die Stickstofffixierung und die Stickstoffflächenbilanz in Abhängigkeit von der Kultur, dem Ertrag und weiteren Standortbedingungen zuverlässig abgeschätzt werden. Die App ist KTBL-Angaben zufolge kostenlos in Google Play verfügbar.

Unwirksame Umwandlungen

Brandenburgs unrechtmäßige LPG-Nachfolger auf einen Blick

Bereits 2002 hatte der Jenaer Rechtsprofessors Walter Bayer im Rahmen des DFG-Forschungsprojektes „Rechtsprobleme der Restrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen in den neuen Bundesländern nach 1989“ ermittelt, dass rund 15 % der Umwandlungen Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften in Nachfolgebetriebe in Mecklenburg-Vorpommern unwirksam waren. Er erstellte eine Liste mit den Namen der Unternehmen, die er auch Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) zukommen ließ. Der unternahm nichts, da „eventuelle Fehler heute nicht mehr zu heilen seien“, zitiert ihn *top agrar*. Die grüne Landtagsabgeordnete Ursula Karlowski sieht das anders, sie geht da-

von aus, das Rechtsverstöße nicht verjährt seien, bei ihr haben sich bereits einige ehemalige LPG-Mitglieder gemeldet, nachdem sie die Liste nun erhalten hat. „Wir wollen nun auf die Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten drängen und so in den Fällen, wo die LPG-Umwandlungen komplett gescheitert sind, einen Interessenausgleich aller Beteiligten, also auch für die ehemaligen LPG-Mitglieder, erwirken. Es geht nicht um eine Zerschlagung vorhandener Nachfolgebetriebe, sondern um die Heilung rechtswidrigen Vermögensausgleichs“, schreibt Karlowski. Gleiches sollte auch für Brandenburg gelten, deshalb hier die Liste von dort, Betroffene können sich bei der AbL melden *cs*

Bäuerlichen Produktionsgemeinschaft Saßleben GmbH&Co.KG	HRA 247	Cottbus
GA Görlitzer Agrar-GmbH & Co. Landwirtschafts KG	HRA 181	Cottbus
Landboden Altdöbern GmbH & Co. Landwirtschafts KG	HRA 199	Cottbus
Landwirtschaftsbetrieb Zinnitz-Groß Jeheser GmbH & Co. KG	HRA 147	Cottbus
Bäuerliche Produktionsgemeinschaft Waris GmbH Co.KG	HRA 196	Cottbus
Produktiv und Service Agro GmbH Massen & Co.KG	HRA 204	Cottbus
Agrargemeinschaft Freienwalde/Schönwalde GmbH & Co. KG	HRA 213	Cottbus
Bäuerliche Produktionsgemeinschaft „Unterspreewald“ Lubholz GmbH&Co.KG	HRA 243	Cottbus
AGE RAR GmbH Cottbus West	HRB 1813	Cottbus
Agrargesellschaft mbh Präsen	HRB 1695	Cottbus
Landwirtschaftsunternehmen – LAWI-GmbH	HRB 1559	Cottbus
Landwirtschaftliche Vermögensverwaltungs GmbH Wahrenbrück	HRB 2049	Cottbus
Landwirtschaftliche Vermögensverwaltung GmbH Prestwitz	HRB 1910	Cottbus
Agrargenossenschaft Gahry eG	GnR 82	Cottbus
Cahnsdorfer Tier- und Pflanzenproduktion e.G.	GnR 59	Cottbus
Agrigenossenschaft e.G. „Lutzketal“	GnR 18	Cottbus
Landwirtschaftliche Genossenschaft Byhlenguhre eG	GnR 13	Cottbus
Agrargenossenschaft eG Heinersbrück	GnR 68	Cottbus
Agrargenossenschaft Mühlberg eG	GnR 99	Cottbus
AGK Agrargesellschaft Kienitz mbh	HRB 2646	Frankfurt / Oder
AMG Agrar & Marketing Gesellschaft mbh „Märkische Schweiz“	HRB 2093	Frankfurt / Oder
Mla Milch & Land Genschmar GmbH	HBR 2331	Frankfurt / Oder
Frahner – Agrar GmbH	HRB 1971	Neuruppin
Rheinsberger Tierzucht GmbH	HRB 16563	Neuruppin
Verwaltungs- und Dienstleistungsgesellschaft Dossow mbh	HRB 1965	Neuruppin
Agrargenossenschaft eG Quitzow	GnR 128	Neuruppin
Agrargenossenschaft Braunsberg eG	GnR 84	Neuruppin
Agrarerzeuger und Vertriebsgenossenschaft eG Steglitz / Fliech	GnR 137	Neuruppin
Krago Landwirtschafts- Genossenschaft e.G.	GnR 44	Neuruppin
Agrargesellschaft Baruther Urstromtal m.b.h. & Co.KG	HRA 786	Potsdam
Brielow Agrargesellschaft mbh	HRH 2380	Potsdam
Aisal-Agrarprodukte GmbH Märtensmühle	HRB 2741	Potsdam
Hofgut Alte Ziegelei Rädell GmbH	HRB 6142	Potsdam
Flenar – Agrargenossenschaft Ziesar-Bücknitz eG	GnR 163	Potsdam
Agrargenossenschaft eG „Der Märker“	GnR 38	Potsdam
Agrargenossenschaft Bernhagenrind e.G. Fredersdorf	GnR 114	Potsdam
Agrargenossenschaft e.G. Ketzin	GnR 390	Potsdam
Agrargenossenschaft Gülpe eG	GnR 199	Potsdam
Agrargenossenschaft Brücke e.G	GnR 178	Potsdam
Agrargenossenschaft Groß Derschau e.G.	GnR 175	Potsdam
Brielow Agrargesellschaft mbh		Potsdam

Krankheit oder Können?

Auf der Suche nach der Wahrheit über chronischen Botulismus

Chronischer Botulismus ist ein Begriff, der seit fast zwanzig Jahren Milchbauern und -bäuerinnen beschäftigt. Zwar ist es in den Medien inzwischen auch ruhiger um den fast wie einen Glaubenskrieg anmutenden Streit der Wissenschaftler geworden, reagieren Betriebsleiter bei kranken Kühen heute vielleicht anders, sodass die Dramatik reihenweise verendender Kühe und kranker Bauern vorbei scheint. Nicht vorbei ist allerdings der Streit um die Frage, was auf den betroffenen Betrieben eigentlich geschieht. Dazu erhielt die Tierärztliche Hochschule Hannover (TiHo) im Jahr 2012 fast zwei Mio. Euro und den Auftrag zu untersuchen, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Krankheitsbild, welches vor allem von betroffenen Bauern und Bäuerinnen, aber auch von einem Teil der Wissenschaftsgemeinde ursächlich in Verbindung gebracht wird mit einer schleichenden Vergiftung der Tiere durch das Toxin des Bakteriums Clostridium Botulinum. Diese Studie ist nun fertig und wird offiziell Mitte September vorgestellt. Unstrittig ist, dass das Bakterium überall in Umwelt und Lebewesen vorkommen kann und dass die Aufnahme einer größeren Menge des Toxins zum Vergiftungstod führt – dem sogenannten Botulismus. Eine offizielle Anerkennung als Seuchenszenario, und damit auch Möglichkeiten der Entschädigung für betroffene Betriebe, gibt es für den chronischen Botulismus bislang nicht. Die TiHo-Studie wird daran nichts ändern.

Initiiert von einem, auch vorher schon als Kritiker der These vom Chronischen Botulismus bekannten Professor kommt sie zu folgendem Ergebnis: „Es zeigte sich kein Zusammenhang zwischen dem Nachweis von C. botulinum und einem chronischen Krankheitsgeschehen auf Milchviehbetrieben, sodass diesem Erreger als Hauptfaktor keine ausschlaggebende Bedeutung zukommen durfte. (...) Auf den Betrieben waren zum Teil massive Herdengesundheitsprobleme feststellbar, die nach den bisherigen Auswertungen eher ursächlich durch Managementfaktoren als Auslöser für die Problematik hervorgerufen wurden.“

Mangelhaftes Management?

Erneut wird als Ursache mangelhaftes Management benannt, ein Vorwurf der häufig auch jenen extrem von Krankheitsgeschehen betroffenen Betrieben in der Vergangenheit von amtstierärztlicher Seite gemacht wurde. Dass damals zum Teil auch Betriebsleiter erkrankten, passt nicht so ganz ins Bild. Auch die Tatsache, dass zwar einerseits wissenschaftlich unstrittig davon ausgegangen wird, dass Clostridium Botulinum überall in der Umwelt vorhanden ist, in der TiHo-Studie aber in keiner einzigen Kotprobe (von über 1.000) gefunden wurde, hinterlässt ein Fragezeichen. Vertieft man sich in den Methodenteil, so wird zumindest erwähnt, wie aufwändig und schwierig der Nachweis des Bakteriums ist, man könnte fragen, ob

es damit zusammenhängt, dass es nirgendwo gefunden wurde. Für die Studie wurden Tiere aus 139 Betrieben in Norddeutschland, sogenannte Fallbetriebe, mit 47 Kontrollbetrieben verglichen. Die umfangreich beprobten Einzeltiere wurden auch unterteilt und ausgewählt nach 'unauffällig' und 'krank'. In der Studie heißt es: „Die klinische Untersuchung ergab, dass das häufigste Symptom bei chronisch kranken Tieren eine Lahmheit war, die in der Mehrheit der Fälle auf eine Klauenerkrankung zurückzuführen war. (...) Auf den Fallbetrieben konnten im Gegensatz zu den Kontrollbetrieben z.T. erhebliche Probleme bezüglich der Tiergesundheit aufgedeckt werden. (...) Unabhängig von den möglichen Ursachen für ein chronisches Krankheitsgeschehen ist es jedoch auch erwähnenswert, dass die untersuchten Milchviehbetriebe unabhängig von der Betriebskategorie offenbar bestimmte Mindestanforderungen im Bereich des Stallbaus, der Tierbelegung und der Sauberkeit der Tiere nicht erreichen. Hierzu gehört neben zu geringen

Boxenbreiten auch eine weit verbreitete Überbelegung der Ställe.“ So richtig gut war es offensichtlich nirgendwo im Stall, bleibt beim Leser hängen.

Anerkennung

Für Klaus Wohldmann ist die Studie das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurde, weil sie nicht objektiv untersucht wurde. Er ist Betroffener, hat viel Leid erfahren, Tiere, Hof und Geld verloren, durch etwas von dem sicher ist, dass es eine heimtückische Krankheit ist, durch etwas, sagen ihm nun erneut Hannoveraner Wissenschaftler, was maßgeblich seine eigene Unzulänglichkeit ist. Wohldmann gründete die IG Botulismus, in der sich Betroffene zusammengetan haben und dafür kämpfen, dass das, was mehr oder weniger über Nacht über sie alle hereingebrochen ist – nicht selten waren die Betriebe vorher besonders ausgezeichnete, moderne Hochleistungsmilcherzeuger – als Krankheit anerkannt wird, nicht nur, damit finanzieller Schaden ausgeglichen werden kann, sondern auch der an der Reputation der Bauern. *cs*

Landschaftsobstbau

Obstbäume sind ein Kulturgut

Noch gibt es sie. Die großen Obstbäume auf Wiesen und an Wegrändern. Vor allem in Hessen und in Baden-Württemberg sind sie noch anzutreffen. Vielerorts mussten die landschaftsprägenden Obstbäume aber auch einer modernen, auf große Maschinen und Arbeitsbreiten setzende Landwirtschaft weichen. Aber auch die ausbleibende Pflege führte vielerorts zu einem Niedergang der Streuobstbestände. Dabei haben diese einen hohen kulturellen und biologischen Wert. Ehemals, in Zeiten einer eher regional ausgerichteten Lebensmittelversorgung, sicherten sie die Obstversorgung der angrenzenden Dörfer und waren damit Teil der bäuerlichen Landwirtschaft. Die zunehmende Rationalisierung und eine nur eingeschränkte Mechanisierbarkeit der Pflege und der Ernte auf Streuobstwiesen standen dieser Bewirtschaftungsform entgegen.

Die Streuobstwiesen stellen jedoch einen vielfältigen Lebensraum dar, der vor allem vielen Vogelarten, aber auch Insekten und aufgrund der meist extensiven Bewirtschaftung auch Pflanzen einen Rückzugsraum bietet. Auch ist der wirtschaftliche Nutzen von sich im Ertrag befindenden Obstwiesen durch die verstärkte Nachfrage nach regionalem Streuobst in den vergangenen Jahren wieder gestiegen.

Die Förderung zum Erhalt alter Streuobstbestände durch Agrarumweltprogramme bietet einen zusätzlichen Anreiz, diesen Kulturraum zu erhalten.

Wissen vermitteln

Dass die alten Bäume einen Wert haben, ist nicht jedem bewusst. Auch dass die Baumveteranen gepflegt werden müssen, wenn sie nicht vorzeitig absterben sollen, geht oft im landwirtschaftlichen Alltagsge-

schäft unter. Der Landschaftspflegeverband Main-Kinzig hat es sich deshalb gemeinsam mit Josef Weimer zur Aufgabe gemacht, das Wissen um den richtigen Schnitt an Interessierte aus dem ganzen Bundesgebiet zu vermitteln. An zehn Kurstagen, jeweils in Zweierblöcken über das Jahr verteilt, werden die Maßnahmen vom Pflanzen über die Erziehung der jungen Bäume, die Ertragsphase bis zur Altbaumpflege vermittelt. Auch auf die Veredlung sowie auf den Schnitt weiterer Obstgehölze wird ausführlich eingegangen. Am Ende steht eine Prüfung zum zertifizierten Landschaftsobstbauer.

Joseph Weimer, Gärtnermeister und Gartenbaulehrer, vermittelt die Inhalte äußerst anschaulich und setzt den Baum als Ganzes in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Zum tieferen Verständnis des eigenen Tuns ist für Weimer neben der individuellen Entwicklung des Einzelbaumes auch die entwicklungsgeschichtliche Herkunft unserer Obstbäume von zentraler Bedeutung. So verwundert es nicht, wenn die Absolventen im Kurs ein fast schon freundschaftliches Verhältnis zu ihren Bäumen entwickeln. Ganz nach dem Motto "Einen Baum zu pflegen, ist eine Anregung mit ihm ins Gespräch zu kommen". *mn*

Nähere Informationen zur neuen Staffel, die im Dezember 2014 beginnt unter:

Landschaftspflegeverband des Main-Kinzig-Kreises; www.lpv-mkk.de

Einen ähnlichen Kurs bietet auch Michael Grolm in Thüringen an: Thüringer Obstbaumschnittschule www.schlossimkerei.de/oeschbergschnitt/

Entgangene Erntefreuden

Es ist ein grauer, schwüler Augusttag. Ich habe eine schlaflose Nacht hinter mir. Am Vortag habe ich Feldbesichtigung gemacht und kann nun erst richtig verstehen, warum mein Mann und mein Sohn so verzweifelt ausschauen und schlecht gelaunt sind. Nach den letzten zwei Gewitterschauern stehen unsere Wiesen und Getreidefelder größtenteils unter Wasser. Die Ähren liegen wie plattgewalzt am Boden und wachsen schon aus. Unkraut und Kartoffelstauden, die sage und schreibe zwei Jahre im Boden überlebt haben, bahnen sich ihren Weg. Am Frühstückstisch hat unser Sohn

Tränen in den Augen. Die Arbeit eines ganzen Jahres soll umsonst gewesen sein? Wird es noch möglich sein, überhaupt etwas davon zu ernten? Werden unsere Strohvorräte ausreichen? Viele Fragen, auf die niemand so recht eine Antwort weiß. So ähnlich müssen sich im letzten Jahr die vielen Hochwasserbetroffenen gefühlt haben. Ich versuche, mich damit zu beruhigen, dass



Eine Bäuerin aus dem Wendland erzählt

wenigstens ein Teil unserer Ernte geborgen werden konnte. Aber dreieinhalb Erntetage waren einfach zu wenig. Wir haben in der Zeit unser Möglichstes gegeben. Wir sind ein eingespieltes Team. Alles klappte wie am Schnürchen und die Technik spielte auch mit. Eindringlich rede ich mir ins Gewissen. Hier herrscht kein Krieg! Die Familie ist zusammen und niemand ist ernsthaft krank! Schließlich haben wir auch die Milchkrise 2008 durchgestanden, also werden wir auch jetzt durchhalten!

Ich fahre in die nächste Kleinstadt, um meine Vorräte aufzufüllen. Vor dem Einkaufsmarkt treffe ich eine Bekannte aus alten Bürotagen. In meinem früheren Leben war ich einmal Chefsekretärin in einer Arzneimittelfabrik. „Hey, ist dir die Petersilie verhagelt?“ fragt sie mich. „Nein, nur unsere Ernte ist verregnet“, entgegne ich. Sie schaut mich erstaunt an. „Ach ja, du bist ja jetzt eine Bäuerin! Ihr seid ja auch sehr vom Wetter abhängig.“ Ich antworte mit „ihr genauso“, aber sie versteht mich nicht recht. Schließlich gibt es ohne Bauern nichts zu essen. Aber in Zeiten der globalen Märkte und des Überflusses haben sich die Verbraucher doch schon sehr weit von den Erzeugern entfernt. Wir Bauern sind zu reinen Rohstofflieferanten geworden, und liefern wir einmal nicht, so tut es eben ein anderer, und ist der Rohstoff knapp, so freuen sich diejenigen, die etwas anzubieten haben, dass der Preis endlich auf ein angemessenes Niveau steigt. So ist das nun mal. Der Verbraucher merkt von alledem nichts. Die Regale bleiben voll und die Preise für das Endprodukt steigen eher durch steigende Energiepreise als durch kleine Wetterkapriolen.

In der nächsten Nacht schlägt ein Blitz in unsere Telefonleitung. Trotz Blitzschutz- und Überspannungsmodul trifft es unsere Telefonanlage und unseren PC. Tagelang werden wir nur noch per Handy mit der Außenwelt kommunizieren. Wie jeden Morgen gehe ich um 4.30 Uhr zum Melken. Der Regenschirm vor dem Kuhstall ist übergelaufen ...



Obstbäume sind Teil einer strukturierten Landschaft

Foto: Duba/pixelio

Schulden und kein Gras

Das Leben in den westenglischen Somerset Levels sechs Monate nach der großen Flut

Der Anruf von der Umweltbehörde kam am Abend des 4. Februar: die Ufer des Parrett werden den Wassermassen der sich flussaufwärts aufbauenden Flutwelle vermutlich nicht standhalten, die Farm der Familie Winslade muss evakuiert werden. James Winslade, seine Frau Jenny, ihre drei Söhne und die betagten Großeltern würden fürs Erste bei Freunden unterkommen – aber wie evakuiert man 550 Kühe? James stellte die Frage, mit einer Bitte um Hilfe, über Facebook und Twitter und im Laufe des Mittwochs trafen immer mehr Bauern mit Traktoren auf dem Hof ein. In manche Anhänger passten gerade fünf Kühe, in andere einige Dutzend. Die schmale Straße zur Farm ist nur einspurig befahrbar, die 14 Traktoren waren deshalb im Konvoi unterwegs. „Wir arbeiteten die ganze Nacht hindurch“, erinnert sich James, „es goss in Strömen, wir hatten Mühe, die Tiere ruhig zu halten, im Hof stand das Wasser kniehoch, wir waren mitten in einem riesigen See, der durch den Sturm auch noch Wellengang hatte, den Verlauf der Straße konnten wir nur noch an den Telegrafmasten erkennen.“ Um 0.30 Uhr am Freitagmorgen hatten sie es geschafft, 550 Kühe standen trocken im Viehmarkt des sechs Kilometer entfernten Städtchens Bridgewater.

Vier Meter unter Wasser

Noch während James versuchte, eine dauerhaftere Unterkunft für seine Tiere zu finden (die Kühe verbrachten die nächsten sechs Wochen verteilt auf neun verschiedene Farmen im Umkreis von 60 Kilometern) und seine Frau Jenny dem Landfunk der BBC von der dramatischen Rettungsaktion berichtete, kam der Hilferuf eines anderen Bauern, dessen Hof samt 300 Rindern ebenfalls evakuiert werden musste. „Innerhalb weniger Tage brachten wir 1.500 Rinder, 1.200 Schafe, 120 Pferde und jede Menge Ziegen, Hühner und Kaninchen in Sicherheit“, erzählt James. Nur sieben Höfe mussten völlig evakuiert werden, aber in den Somerset Levels waren ungefähr 250 Bauern von den Überflutungen betroffen, fast 12.000 ha Ackerfläche standen bis zu vier Meter unter Wasser.

James erzählt seine Geschichte an einem sonnigen Tag im Juli. Wir sitzen in dem Wohnwagen, in dem die fünfköpfige Familie seit März lebt, vom Farmhaus ist Baulärm zu hören, im November hoffen die Winslades wieder

einziehen zu können. Gerade wird in mehreren Räumen der Boden abgetragen, das Flutwasser war teilweise mit Öl aus gefluteten Tanks verseucht. Es ist tief in die Backsteine des 170 Jahre alten Farmhauses gedrungen und es stinkt. James schätzt, dass ihn die Überschwemmung etwa £ 240.000 kostet, mehr als 300.000 Euro. Von den 340 ha, die er bewirtschaftet, waren 330 ha überflutet. Auf einem Viertel der Fläche baut er normalerweise Getreide für seine Fleischrinderherde an, der Rest ist Weideland, aber die Wassermassen haben den Boden extrem verdichtet, Regenwürmer sind fast nir-



James Winslade wohnt seit der Flut mit seiner fünfköpfigen Familie im Wohnwagen

Foto: Landzettel

gends mehr zu finden. James hat inzwischen mehrere Tonnen Kalk ausgebracht, den Boden belüftet und neues Gras ausgesät. Für den Winter wird es genug Heu und Silage geben. Die Herde ist kleiner als noch vor einem Jahr, 20 Kühe haben nach der Evakuierung ihre Kälber verloren. Die Flut vom Februar war die wasserreichste, die man in der Region je erlebt hat. Das 300 Jahre alte Farmhaus seiner Eltern und das 170 Jahre alte, in dem James mit seiner Familie lebte, waren nie zuvor überflutet worden. Diesmal stieg das Wasser im Erdgeschoß auf 1,20 Meter. Die Regierung hat den Farmern in den Levels und den anderen von Überflutung betroffenen Flusslandschaften Hilfe zugesagt. Der bürokratische Aufwand, um an Mittel aus dem Flut-Sonderfond zu kommen ist enorm, aber „das Thema ist dank der Medien, Twitter und Facebook wenigstens endlich auf dem Tisch“, sagt Heather Venn, die gemeinsam mit ihrem Mann einen Hof in den Levels bewirtschaftet. „Für uns und die

meisten Farmer hier in der Region war die Flut im Winter 2012/13 noch schlimmer als die in diesem Jahr“, sagt Heather. Auf die Winterflut 2012 folgte ein nasser, kalter Sommer und weil die verschlammten Flüsse und Kanäle nicht mehr fassen konnten, blieben die meisten Äcker und Wiesen überschwemmt. Als die Umweltbehörde schließlich mit dem Abpumpen begann, war das Wasser durch den anaeroben Prozess, der das Gras zersetzt hatte, zu einer schwarzen, stinkenden, toxischen Brühe geworden, die erst einmal chemisch behandelt werden musste. „Die meisten Bauern konnten 18 Monate

lang ihr Land nicht bearbeiten“, sagt Heather, „2012 fehlte uns nicht nur die Sommerweide für die Tiere, wir konnten außerdem weder Heu noch Silage machen und hatten enorme Futtermittelkosten.“

Wassertolerante Grassaatmischung

Heather und ihr Mann Gerald haben Weideland auf zwei Moorflächen. „Die Grasqualität auf dem Curry Moor ist besser, aber die Weiden auf dem Sedgemoor, die in jedem Winter sowieso überflutet werden, erholten sich deutlich schneller“, erzählt Heather. Gemeinsam mit ihrem Mann und einem Pflanzenbestimmungsbuch verbrachte sie viel Zeit damit, die wassertoleranteren Grasarten auf dem Sedgemoor zu bestimmen. „Das Gras dort kann bis zu zehn Tage unter Wasser sein, es richtet sich danach sofort wieder auf und wächst weiter“, sagt Gerald. Doch nur für wenige Arten gibt es noch Saatgut. „Vor 30 Jahren gab es eine spezielle Grasmischung, die genau auf die Gege-

benheiten hier abgestimmt war, sie hieß „Tone & Parrett“ nach den Flüssen hier“, sagt Gerald, „aber die wenigen Grassaatanbieter, die es in Großbritannien noch gibt, führen sie schon lange nicht mehr.“

Futterspenden über Facebook

Seit dem 18. Mai können die 200 Rinder von Heather und Gerald Venn wieder auf einigen der Moorweiden grasen. Manche Farmer sind noch immer auf Futterspenden angewiesen. Die im Februar gestartete „Forage Aid“ Kampagne auf Twitter und Facebook mobilisierte Farmer in allen Teilen Großbritanniens und Spediteure übernahmen den kostenlosen Transport des gespendeten Futters und Strohs. Anthony Gothard, hat 700 Milchkühe. Er hat als Konsequenz der Überflutungen 2012 eine höher gelegene Farm gepachtet. „Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass wir das Land in den Levels nutzen können. Jedes Jahr neu einzusäen kann auf Dauer niemand finanzieren“, sagt er. Ganz aufgeben will Anthony Gothard seine Weiden in den Levels allerdings nicht. Viele Bauern sind inzwischen tief verschuldet. „Wir hätten den Hof aufgeben müssen, wenn wir nicht ein paar Rücklagen durch eine Erbschaft gehabt hätten“, sagt Heather Venn. Was bleibt, ist die Hoffnung auf einen guten Sommer und darauf, dass die Umweltbehörde wenigstens die allernotwendigsten Sanierungsarbeiten an den Flüssen Parrett und Tone abschließen wird. Die Farmer in den Levels sind es gewohnt, mit dem alljährlichen Hochwasser im Winter zu leben. Gegen „Jahrhundertfluten“ ,wie die in den letzten Jahren, haben sie auf Dauer keine Chance.

Marianne Landzettel

Die Somerset Levels...

... liegen im Südwesten Englands und bestehen überwiegend aus Moorflächen, die durch Hügelketten voneinander abgegrenzt sind. Die Region umfasst etwa 650 km². Mehrere Flüsse, darunter der Parrett, sorgen dafür, dass Wasser aus den Mooren abfließen kann. Die Levels sind eine alte Kulturlandschaft, in der seit hundert Jahren Landwirtschaft betrieben wird. Bereits im Mittelalter wurden Gräben angelegt, später wurde der Wasserfluss zusätzlich durch Schleusen und Pumpwerke geregelt. Etwas 70 % der landwirtschaftlichen Fläche sind Weiden, auf dem übrigen Land wird Getreide angebaut.

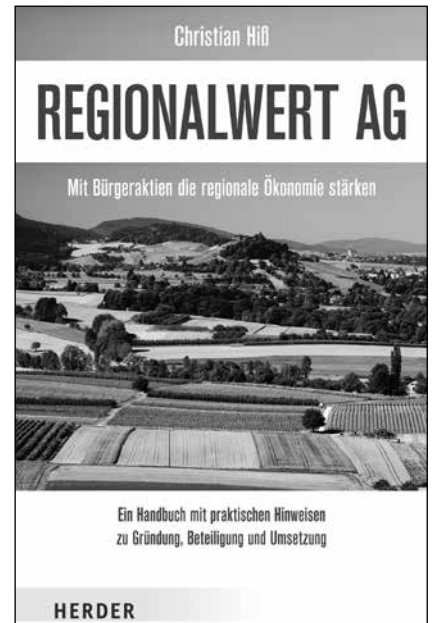
Mit Bürgeraktien die regionale Ökonomie stärken.

In „Regionalwert AG“ fasst Christian Hiß die Erfahrungen der langjährigen Aufbaubauarbeit dieser regionalen Bürgeraktiengesellschaft zusammen. Er beschreibt sehr schön die grundsätzlichen Ideen, die ihn und seine Mitstreiter angetrieben haben: Sicherung und Neugründung kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe, Erhalt der Vielfalt ihrer Region und ein Verständnis von Landwirtschaft, das Ökonomie, Soziales und Ökologie gleichermaßen im Blick hat. Handbuch nennt Christian Hiß das Ergebnis. Ja, diesem Anspruch wird das Buch gerecht. Für diejenigen, die das Modell aus der Region Freiburg/Kaiserstuhl für die eigene Region übernehmen wollen, bietet das Buch hilfreiche Praxistipps und wertvolle Hinweise zur Um-

setzung einer Bürgeraktiengesellschaft. Das Buch bereichert aber auch die agrarpolitische Debatte. Mit der Regionalwert AG ist ein bisher einzigartiges Modell entwickelt worden, das über die klassischen Gestaltungsvarianten nachhaltiger Entwicklung hinausgeht. Das waren bisher vor allem Sicherung der „öffentlichen Güter“ durch den Staat, umweltfreundliches Wirtschaften bei den Produzenten und bewusster Konsum bei den Verbrauchern. Mit der Regionalwert AG ist ein regionales Netzwerk von Bürgern und Unternehmen aus Landwirtschaft und Ernährung entstanden. Mit ihrem new local deal hat die Regionalwert AG Bürgern und regionalen Akteuren die Möglichkeit eröffnet, gemeinsam Verantwort-

ung zu übernehmen und die regionale Welt aktiv mit zu gestalten. Durch das Engagement von 520 Aktionären konnte in der Region Freiburg Biohöfen, kleinen Lebensmittelläden, regionalen Caterern oder Naturkost-Händlern geholfen werden. Die Regionalwert AG ist damit auch ein praktisches Beispiel wie „Ernährungssouveränität“ – sonst meist diskutiert im internationalen Kontext – auch unter europäischen Verhältnissen umgesetzt werden kann.

Christian Hiß; Regionalwert AG, Mit Bürgeraktien die regionale Ökonomie stärken; 184 Seiten; 12,99 €; ISBN 978-3-451-33453-5; Herderverg 2014



Nationalsozialismus im Landkreis Uelzen



In nur vier Jahren wurde die NSDAP von einer Randpartei zu einer Massenpartei, die gleich nach dem 30.1.1933 ihre diktatorische Macht mit SA-„Hilfspolizei“-Terror sicherte. Erst in den 60er Jahren begann eine gründliche Aufarbeitung des Aufstiegs und der Herrschaft des Nationalsozialismus. Dies gilt allerdings nur sehr begrenzt für die örtliche Ebene, viele Dorfchroniken klammern diese Themen nach wie vor aus. Das Buch „Nationalsozialismus im Landkreis Uelzen, Band 1: 1925-1933“ schildert den Aufstieg der Entwicklung der NSDAP und der nationalsozialistischen Bewegung exemplarisch am Beispiel einer landwirtschaftlich geprägten Region in Ost-Niedersachsen. Auf knapp 600 Seiten

werden die Entwicklungen auf Ebene der Städte und Dörfer eingeordnet in die reichsweiten Geschehnisse und in die politische Landschaft der damaligen Parteien und Verbände. Dazu werden fast alle wesentlichen politischen Veranstaltungen und Ereignisse einschließlich aller Wahlergebnisse im Landkreis in diesen acht Jahren dokumentiert, bis „hinunter“ auf die Ebene der einzelnen Gemeinden. Im Vorwort heißt es: „Wir alle wissen nicht, wie wir uns damals verhalten hätten – deshalb kann es in diesem Buch mitnichten um Besserwisserei und in den meisten Fällen auch nicht um Schuldzuweisungen gehen – wohl aber um eine anschaulich-regionalbezogene Einschätzung des Geschehenen und um

mögliche Lehren daraus.“ Als Grundlage der Dokumentation dienen – neben anderen Quellen – vor allem die Ausgaben der Uelzener *Allgemeinen Zeitung* – der damals maßgeblichen und weitgehend auch meinungsbildenden Zeitung, die stramm rechtsdeutsch-national und spätestens ab 1933 nationalsozialistisch ausgerichtet war. *Eckehard Niemann, Nationalsozialismus im Landkreis Uelzen, Band I: 1925 – 1933; im Selbstverlag; Herbst 2014; 590 Seiten; 32,- Euro plus Versandkosten; Bestellung bei: Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel, eckehard.niemann@freenet.de*

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft - 22,00 € 2013 Schwerpunkt: Agrarreform- 10,00 € weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. [www. Der.kritische.Agrarbericht.de](http://www.Der.kritische.Agrarbericht.de)

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
 - 11,00 € - Nützt ja nix
 - 11,00 € - Schubkarrenrennen
 - 11,90 € - Der Wollmützenmann
 - 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
 - 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband
- CD:
- 10,00 € - König Silo
 - 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
 - 10,00 € - Ein Bauer erzählt
 - 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Cartoons rund um die Kartoffel....

- 9,80 € - Linda und Konsorten
- 9,80 € - Linda prall im Leben

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 € Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2014:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,

Fax: 02381-492221 Anzeigenschluss für BS Oktober ist der 15. September 2014

Hof und Arbeit

• **Bauernfamilie mit Kindern** für Hofnachfolge gesucht. 50 ha, Fleckvieh (Milch), Mittelgebirgslage, Erfahrung in Käseerei wäre schön. ☎ 037754-75578 (Sommer) oder ☎ 037754-2213 (Winter) bitte nach 19 Uhr anrufen, mehrmals versuchen. jguelde@t-online.de

• **3 - Seiten Hof**, Nähe Meiningen, im Biosphärenreservat Rhön, mit 4016 qm Land, 246 qm Wohnfläche zu verkaufen. Optimal für Landwirte und Handwerker. Alle weiteren Infos unter www.immofreiraum.de

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Luurn bi de Buern -

„Über den Kühen von Münster“

07.09.2014, 11 - 17 Uhr

Ausstellung, Podiumsdiskussion und Kabarett
Milchhof Große Kintrup, Kasewinkel 7, 48157 Münster



GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG

Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl

Telefon: 07142 / 77 81-0

akquise@wpd.de, www.wpd.de



ETL | Freund & Partner Lutherstadt Wittenberg Steuerberatung für die Landwirtschaft



- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Steuerberater

Dr. Marcel Gerds

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH

Steuerberatungsgesellschaft

Niederlassung Wittenberg

Berliner Straße 1

06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel: (03491) 4180-0

Fax: (03491) 4180-12

E-Mail: agrar@etl.de

Web: www.marcel-gerds.de

www.facebook.com/fpwittenberg

Veranstaltungen



ABL Demo in Thüringen

05.09.2014, Erfurt, 14.30 Uhr

Thüringen entwickelt sich zum Land der Agrarindustrie. Die Landesregierung öffnet InvestorenInnen, LandgrabberInnen und MassentierhalterInnen Tür und Tor. Um dies zu verhindern, müssen wir vor der Landtagswahl ein Zeichen setzen!

VerbraucherInnen, LandwirtInnen, ImkerInnen und GärtnerInnen: Zeigt, dass es eine Agrarwende in Thüringen geben muss! Gemeinsam gehen wir für eine bäuerliche, vielfältige und faire Landwirtschaft auf die Straße!

Gute Landwirtschaft. Gutes Essen. Gutes Leben. Für Alle.

Stoppt Megaställe, Landgrabbing und Monokulturen! Zusammen machen wir in Erfurt auf eine verfehlte Agrarpolitik aufmerksam: Wir haben es satt! Agrarwende jetzt!

14.30 Uhr Kundgebung und Demo-Start / Am Anger in Erfurt
16.30 Uhr Abschlusskundgebung mit Musik und Essen am Domplatz
www.abl-thueringen.de

FAIR2014 - Fairtrade & Friends

05. - 07.09.2014, Dortmund

Die Messe rund um den Fairen Handel mit Fachforen zu „Global verantwortungsvolles Wirtschaften - da geht noch was!“

Westfalenhallen Dortmund

ABL Glyphosat und mehr

16.09.2014, Ulm, 19.30 Uhr

Das Bündnis für eine gentechnikfreie Region Ulm lädt ein zum Vortrag von Prof. Dr. Krüger aus Leipzig über Glyphosat, Agrogentechnik und die Zukunft der Landwirtschaft.

Ökomarkt und Bewertung ab 18 Uhr, Haus der Begegnung, Grüner Hof 7, 89073 Ulm

SoLaWi-Konferenz

20.09.2014, Berlin, 9 - 19 Uhr

Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft lädt zu einer internationalen Tagungskonferenz mit Werkstattcharakter zum Thema „Learning Towards Solidarity-based Food Systems“ unter Beteiligung mehrerer europäischer LandwirtschaftsaktivistInnen ein. Die Konferenzsprache ist Englisch.

Tagungsbeitrag 15,- €, verbindliche Anmeldung unter grundtvig-konferenz@solidarische-landwirtschaft.org, Infos: www.solidarische-landwirtschaft.org

TTIP und Welthandel

24.-25.09.2014, Berlin

Gemeinsam mit Expertinnen und Experten für Handel, Entwicklung, Umwelt und Fragen des

Verbraucherschutzes sollen die möglichen Auswirkungen von TTIP für eine nachhaltige Entwicklung ausgelotet und damit ein Beitrag zur sachlichen Debatte um das transatlantische Freihandelsabkommen geleistet werden.

Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin, Ort: Französische Friedrichstadtkirche, weitere Informationen und Anmeldung: www.eaberlin.de

Demeter Festtage

26. - 28.09.2014, Raubling

Demeter Getreide Chiemgau feiert mit einem Hoffest das 15-jährige Bestehen.

Fischbacherhof, Staudach, 83064 Raubling

Neonikotinoiden Tagung

26.09.2014, Lüneburg, 9.30 Uhr

EU-weit ist die Ausbringung von drei Neonikotinoiden bis Ende 2015 verboten. Über die schädlichen Wirkungen dieser Stoffgruppe gibt es eine Reihe von Erkenntnissen. Vor diesem Hintergrund haben De Immen und das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen GmbH (KÖN) gemeinsam mit Kooperationspartnern aus Landwirtschaft und Naturschutz erstmalig eine Fachtagung organisiert, die weitere Erkenntnisse liefert und die Diskussion für die Zeit nach 2015 anregen soll.

Veranstaltungsort: Leuphana Universität Lüneburg, Tagungsbeitrag inkl. Essen 45,- €, Infos und Anmeldung: Tel.: 04262 - 95 93 00, tagungsbuero@bioland.de

Von Äpfeln bis Pomeranzen

26.-28.09.2014, Plessa, 10-18 Uhr

Fachtagung rund um das Thema Streuobst und Baumobstkultur mit Vorträgen, Sortenbestimmung und Baumschnittseminar.

Tagungsbeitrag 50,- € einschl. Verpflegung. Kontakt und Anmeldung: Naturparkverwaltung Niederlausitzer Heidelandschaft, Tel.: 035341-61512, Veranstaltungsort: 04928 Plessa

Saatgut

02.10.2014, Berlin, 10-18 Uhr

Zahlreiche nationale und internationale Regelwerke nehmen Einfluss darauf, welche Rechte Landwirte und Gärtner an Sorten und Herkunft haben und wie Züchter genetische Ressourcen nutzen können. Die Konzentrationsprozesse in der Saatgutindustrie haben sich in den letzten 15 Jahren verstärkt und der Verlust der Vielfalt hat sich fortgesetzt. Diese Entwicklung bedroht die Ernährungssouveränität weltweit. Die Tagung „Saatgut im Spannungsfeld zwischen open source und Patent“ soll einen Überblick über die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen geben, aber vor allem Akteure zusammenbringen, um herauszuarbeiten, wo Handlungsspielräume, Einflussmöglichkeiten und Ansatzpunkte sind, um landwirtschaftliche Vielfalt zu schützen, weiter zu entwickeln und die Rechte der Bauern und Bäuerinnen zu stärken.

Ort: Armony Hotel, Mariannenplatz 26, Berlin, Tagungsbeitrag: 40,- €, Anmeldung bis zum 25.09.2014: mireille.remesch@agrarkoordination.de

Gentechnik

08.10.2014, Lübeck

Das Seminar „Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrung“, veranstaltet von Landwege e.V. und dem Bildungszentrum Natur, Umwelt und ländliche

Räume Schleswig-Holstein informiert über die gegenwärtige Situation und vermittelt Praxisbeispiele zur Agrogentechnik.

Ort: Jugend-Naturschutz-Hof, Ringstedtenhof, Lübeck, Tagungsbeitrag 45,- € plus Verpflegung. Anmeldung und Infos: anmeldung@bnur.landesh.de, Tel.: 04347-704787

food freedom movement

11.10.2014, Krefeld

Infotag anlässlich des Welternährungstages

Platz an der alten Kirche, Krefeld

Dorfentwicklung

12.-14.10.2014, Dipperz

Das 19. Interdisziplinäre Dorfsymposium steht unter dem Thema „Kooperation und Wertschöpfung in Kommunen - Chance oder Risiko für das Dorf?“

Tagungsbeitrag: 128,- € inkl. Übernachtung und Verpflegung, Infos und Anmeldung: PD Dr. Karl Martin Born Tel.: 04441 - 15 241, karl-martin.born@uni-vechta.de, Veranstaltungsort: Rhön Residence, Knesheckenweg 2, 36160 Dipperz

Keine Patente auf Saatgut!

27.10.2014, München, 9-16 Uhr

Anlässlich einer öffentlichen Anhörung des Europäischen Patentamtes (EPA) zu Patenten auf Brokkoli und Tomaten ruft die Koalition „No Patents on Seeds!“ und weitere Organisationen zu einer öffentlichen Demonstration vor dem Europäischen Patentamt in München auf. Wir wollen endlich klare Verbote der Patentierung von Pflanzen und Tieren! Bitte weitersagen, mobilisieren und selber kommen!

Treffpunkt: Europäisches Patentamt, Erhardtstrasse 27/ Bob van Benthem Platz 1, München

Agrobiodiversitäts-Gipfel

29.10.2014, Bruchsal, 9.30-17 Uhr

Ziel der ganztägigen Veranstaltung ist es, den Wert und die Bedeutung von biologischer Vielfalt, vor allem im landwirtschaftlichen Bereich, aufzuzeigen. Es werden politische Ziele und Vorhaben der kommenden Jahre erörtert und das aktuelle Förderernetzwerk in Deutschland vorgestellt. Am Nachmittag werden verschiedene Erfolgsprojekte präsentiert, die konkrete Ansätze für den Erhalt gefährdeter Kulturpflanzen und Nutztierarten vermitteln. Der bundesweite Agrobiodiversitäts-Gipfel wird durch eine bunte Ausstellung rund um das Thema Agrobiodiversität ergänzt.

Anmeldung und Infos: www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de, Tagungsgebühr 20,- € inkl. Verpflegung, Ort: Bürgerzentrum, Bruchsal

Höfe der Zukunft

31.10.-02.11.2014, Witzchenhausen

Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft veranstaltet sein Herbsttreffen unter der Überschrift: Höfe der Zukunft - die Basis stärken! Alle, die an solidarischer Landwirtschaft Interesse haben, sind herzliche eingeladen!

www.solidarische-landwirtschaft.org



**Tagung und Bundesmitgliederversammlung
in der evangelischen Landjugendakademie
Altenkirchen/Westerwald**

21. - 23. November 2014

**Freunde treffen, diskutieren, sich austauschen,
abstimmen, lachen und feiern...
Antragsschluss für die Mitgliederversammlung
ist der 14. Oktober 2014. Turnusgemäß finden
Bundesvorstandswahlen statt.**



Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: lensing druck, Münster

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle: Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren: Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel.: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft: Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“: Christoph Dahlmann, Tel.: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik: Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat
Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnids: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiengenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.de; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 99,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 134,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 44,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 69,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Was ist das hier?

Wer sagt eigentlich, dass Grünkohl Frost gehabt haben muss? Ein bisschen mehr Zeit in kochendem Wasser sollte er allerdings gehabt haben, denke ich, als ich mich hasengleich am zähen Strunk zu schaffen mache. Die Zucchinirohkost ist ebenfalls von knackigem Biss, hingegen schmeichelt das Kürbis-Erdnussmuss samtweich dem Gaumen. Der Koch trägt Rasta, Latzhose und nichts an den Füßen. Zwar ist ja Juli und kein Frost, aber eben auch nicht Strand draußen sondern Brüssel. Er kocht für Via Campesina Europe, viele bunte Leute. Irgendwann spricht mich eine Übersetzerin an, während wir beide versuchen mit stumpfen Messern al dente gekochte ganze Rote Bete in mundgerechte Häppchen zu zerschneiden ohne unsere bunten Klamotten bunter zu machen. Sie habe ja schon begriffen, dass es hier um Landwirtschaft, um Agrarpolitik gehe und um

Interessensvertretung von Bauern, aber irgendwie würde da was nicht zusammenpassen. Sie habe einen Cousin in Niederbayern, der bewirtschaftete da einen kleinen Bauernhof, aber der sehe ganz anders aus, treffe sich mit ganz anderen Leuten...

Hm, sage ich zwischen zwei viel zu großen Rote Bete Hapsen, ja, das sei nicht ungewöhnlich und das mit der Interessensvertretung so eine Sache. Wahrscheinlich wisse er gar nicht, dass hier die Seinen vertreten würden und nicht dort, wo die Leute aussehen wie er, die Höfe aber fünfmal so groß wie seiner und die Produktionskosten dreimal geringer sind. Und ich denke an den Geschäftsführer der Agrargenossenschaft, den ich neulich getroffen habe, und dem als Bauernverbandsvertreter von einem Berufskollegen vorgeworfen worden war, er würde sich nicht für die

Interessen seiner Verbandsmitglieder einsetzen, weil der Bauernverband in Sachsen keine Kampagne gegen die dortige betriebliche AFP-Fördermittelobergrenze von 400.000 Euro mache.

Nein, sagt die Übersetzerin, wahrscheinlich wisse er das nicht und wenn er es wüsste, wäre noch die Frage, wie er das hier finden würde? Sie könne sich nicht vorstellen, dass er zu so einer Versammlung fahren würde. Sie könne sich noch nicht einmal vorstellen, dass er so ein Essen hier essen würde... Mein Blick fällt leicht konsterniert auf den abgenagten Grünkohlstrunk, dann erfreut auf die erfrischend unterschiedlich aussehenden Leute hier. Ich lächle den Koch an, nimm vom Kürbismus nach, schließlich ist es doch der Blick über den Tellerrand, der das Leben spannend macht. cs



Blick über bunte Tellerränder

Foto: Below/pixelio

bunabhängige bauernstimme: für mehr Vielfalt

09/2014

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.